

THORSTEN FRANZ

Gewinnerzielung
durch kommunale
Daseinsvorsorge

Jus Publicum

123

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 123



Thorsten Franz

Gewinnerzielung durch kommunale Daseinsvorsorge

Zugleich eine Untersuchung
zu den Zwecken und Formen der kommunalen
wirtschaftlichen Betätigung

Mohr Siebeck

Thorsten Franz, geboren 1967; Studium der Rechtswissenschaft in Marburg, Mainz und Frankfurt a.M.; 1999 Promotion; 2003 Habilitation, Privatdozent in Halle (Saale).

978-3-16-157992-9 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148582-3

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Für Sylvia und Monika

Vorwort

Mit dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, die vielschichtigen Rechtsfragen der kommunalen Gewinnerzielung durch Daseinsvorsorge rechtsgebietsübergreifend darzustellen. Sie behandelt daher Öffentliches Recht ebenso wie Privatrecht. Sie handelt von den „großen“ Fragen der Wirtschafts- und der Finanzverfassung sowie des europäischen Wirtschaftsrechts ebenso wie von Details des Wettbewerbs- oder des Kommunalabgabenrechts. Den Reiz des Themas macht neben dieser weiten Perspektive vor allem seine Aktualität und Lebendigkeit aus. Die tief greifenden Veränderungen der Daseinsvorsorge in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht sind indes zugleich Fluch des Bearbeiters, da vor allem die Rechtsänderungen auf den verschiedenen Ebenen sowie die hierzu veröffentlichte Literatur kaum noch zu überschauen sind. Ich denke aber, dass der Erkenntnisgewinn die Mühe wert war.

Die Arbeit wurde im November 2003 von der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Habilitationsschrift angenommen. Geschrieben habe ich sie unter der Betreuung meines verehrten akademischen Lehrers Herrn Prof. Dr. Winfried Kluth. Sein Wissens- und Erfahrungsschatz hat der Entwicklung des Werks immer wieder wichtige Impulse gegeben. Besonderen Dank schulde ich zudem Herrn Prof. Dr. Kilian für die Erstellung des Zweit- sowie Herrn Prof. Dr. Rudolf Wendt für die Erstellung des Drittgutachtens.

Halle, im Dezember 2003

Thorsten Franz

Inhaltsübersicht

<i>Einleitung</i>	1
<i>Teil 1: Kommunale Daseinsvorsorge und Gewinnerzielung</i>	9
A. Begriffsklärungen	10
B. Geschichte der gewinnerzielenden Daseinsvorsorge	27
<i>Teil 2: Zulässigkeit der kommunalen Leistungsangebote</i>	35
A. Pflicht zur kommunalen Daseinsvorsorge	37
B. Offenheit der Wirtschaftsverfassung	53
C. Wettbewerbsrechtliche Schranken der Kommunalwirtschaft	138
D. Rahmenvorgaben des kommunalen Wirtschafts- und Verfassungsrechts	193
<i>Teil 3: Gewinnerzielung durch Vorzugslasten</i>	253
A. Allgemeiner Rahmen der Erhebung von Vorzugslasten	254
B. Grundsatz der Belastungsgleichheit	291
C. Ungeschriebenes und teilkodifiziertes Abgabeverfassungsrecht	351
D. Finanzverfassungsrechtliche Gewinnschranken	387
E. Gewinnverbote und Gewinngebote des Kommunalrechts	413
F. Verdeckte Gewinnerzielung	520
G. Gewinnschranken außerhalb des Verfassungs- und Kommunalrechts	660
<i>Teil 4: Gewinnerzielung durch privatrechtliche Entgelte</i>	667
A. Privatrechtliche Entgelte in der Daseinsvorsorge	668
B. Reichweite der Verfassungsbindung	672
C. Privatrechtliche Schranken	706
D. Anwendbarkeit von Verwaltungsrecht	748
<i>Teil 5: Kontrolle und Akzeptanz der Gewinnerzielung</i>	771
<i>Teil 6: Regelungen zur Gewinnerzielung de lege ferenda</i>	787
<i>Schlussbetrachtung</i>	813
<i>Zusammenfassung in Thesen</i>	817
Literaturverzeichnis	827
Sachregister	855

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	VII
<i>Inhaltsübersicht</i>	IX
<i>Einleitung</i>	1

Teil 1

Kommunale Daseinsvorsorge und Gewinnerzielung

<i>A. Begriffsklärungen</i>	10
I. Kommune	10
II. Daseinsvorsorge	11
III. Gewinnerzielung	18
1. Gewinnbegriffe	18
2. Unterschiede von staats- und privatwirtschaftlicher Gewinnerzielung	22
3. Offene und verdeckte Gewinnerzielung	24
4. Zwecke der Gewinnerzielung	26
<i>B. Geschichte der gewinnerzielenden Daseinsvorsorge</i>	27

Teil 2

Zulässigkeit der kommunalen Leistungsangebote

<i>A. Pflicht zur kommunalen Daseinsvorsorge</i>	37
I. Allgemeiner Daseinsvorsorgeauftrag	37
1. Grundgesetz	37
2. Kommunalrecht	42
II. Rückgang besonderer Daseinsvorsorgepflichten	43
1. Wasserversorgung	45
2. Stromversorgung	48
3. Gasversorgung	48
4. Fernwärme	49

5. Abfallentsorgung	49
6. Abwasserbeseitigung	51
7. Straßenreinigung	52
<i>B. Offenheit der Wirtschaftsverfassung</i>	<i>53</i>
I. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundlagen	53
1. Wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes	53
2. Zulässigkeit staatlicher Wirtschaftstätigkeit	54
a) Kein allgemeines Verbot staatlicher Wirtschaftstätigkeit	55
b) Kein Erfordernis der unmittelbaren Verfolgung öffentlicher Zwecke	58
c) Verhältnis von Kommunal- und Privatwirtschaft	63
aa) Kompetenz versus Privatautonomie	63
bb) Keine Subsidiarität der Kommunalwirtschaft	63
d) Sozialstaat und Demokratie in der Wirtschaftsverfassung	67
3. Grundsätzliche Zulässigkeit der Gewinnmitnahme im Rahmen der Wirtschaftstätigkeit	71
4. Besonderheiten des Landesverfassungsrechts	72
II. Kommunale Selbstverwaltungsgarantie als maßgeblicher Kompetenzrahmen	72
1. Gewährleistung gemeindlicher Daseinsvorsorge	73
2. Gewährleistung der Kommunalwirtschaft	76
a) Kommunalwirtschaft als außerkonstitutionelles Tätigwerden?	76
b) Schutzbereich der Selbstverwaltungsgarantie	78
aa) Kein Selbstverwaltungsrecht zur Gewinnmitnahme	78
bb) Keine Aussagen im Hinblick auf das Verhältnis zur Privatwirtschaft	81
c) Kernbereichsschutz der Gemeindewirtschaft?	82
d) Kommunalwirtschaft außerhalb des kommunalen Hoheitsgebietes	82
aa) Einfachgesetzliche Ausgangslage und verfassungsrechtliches Meinungsbild	82
bb) Stellungnahme	85
3. Garantie finanzieller Eigenverantwortung	87
4. Selbstverwaltungsgarantie der Gemeindeverbände	89
5. Besonderheiten des Landesverfassungsrechts	90
III. Verkannte Grenzziehungen durch die Freiheitsgrundrechte der privatwirtschaftlichen Leistungsanbieter	91
1. Überwindung einer überholten Grundrechtsdogmatik	92
a) Abwehrrechtliche Dimension der Wirtschaftsgrundrechte	92
aa) Meinungsbild in Rechtsprechung und Literatur	93
bb) Stellungnahme	96
b) Aus Wirtschaftsgrundrechten ableitbare Schutzpflichten und andere objektiv-rechtliche Gehalte	98

c)	Verhältnis der Grundrechtsbindung zum Vorbehalt des Gesetzes	100
d)	Bedeutung für die Rechtswegfrage	101
2.	Berufsfreiheit der privatwirtschaftlichen Konkurrenten	102
a)	Auswirkungen eines weiten Schutzbereichs- und Eingriffsverständnisses	102
b)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Anschluss- und Benutzungszwangs	104
3.	Eigentumsgarantie	107
4.	Wettbewerbs- und Unternehmerfreiheit	108
IV.	Privatisierung und Verwaltungsprivatrecht als Schlüsselbegriffe	109
1.	Privatisierung	110
a)	Formen der Privatisierung (Privatisierungsmodelle)	111
b)	Gesetzliche Verbote und Grenzen der Privatisierung	114
c)	Privatisierungspflichten	115
d)	Stand, Bewertung und weitere Entwicklung der Privatisierung	117
2.	Verwaltungsprivatrecht	123
a)	Mehr Unklarheiten als Klarheit	124
b)	Wahlfreiheit und weitere Charakteristika	127
c)	Errichtung privatrechtlich organisierter Unternehmen	130
d)	Rechtsfolgen der Missachtung öffentlich-rechtlicher Bindungen	131
e)	Zulässigkeit und Bedeutung privatrechtlicher Verhältnisse in Einzelbereichen	132
aa)	Wasserversorgung	132
bb)	Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung	134
cc)	Abfallentsorgung	134
dd)	Abwasserbeseitigung	135
ee)	Sonstige Bereiche	136
C.	<i>Wettbewerbsrechtliche Schranken der Kommunalwirtschaft</i>	138
I.	Völkerrecht	138
II.	Europarechtliches Spannungsverhältnis zwischen offener Marktwirtschaft und der Sonderstellung gemeinwohltwichtiger Leistungen	139
1.	Primärrecht	141
a)	Grundsatz der offenen Marktwirtschaft	141
b)	Sonderstellung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gem. Art. 16 EGV	142
c)	Sonderstellung bestimmter Unternehmen gem. Art. 86 EGV	145
aa)	Verbot widersprechender Maßnahmen	147
bb)	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	149
(a)	Kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge	150

(b) Erforderlichkeit der wettbewerbswidrigen Maßnahme für die Aufgabenerfüllung	153
(α) Zumutbarkeits-Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	153
(β) Stufenmodell der Kommission	156
(χ) Anschluss- und Benutzungszwang sowie sonstige wettbewerbsfeindliche Maßnahmen	158
(δ) Beschränkung des Wettbewerbs in rentablen Bereichen	162
(e) Verhältnismäßigkeit	163
d) Verbot wettbewerbsverfälschender Beihilfen	164
aa) Kommunale Einrichtungen als Unternehmen i.S.d. Art. 87 EGV	165
bb) Beihilfen in Gestalt der Zuwendung öffentlicher Mittel	166
cc) Gebot der Gewinnerzielung?	170
e) Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	170
f) Verbot zollgleicher Abgaben gem. Art. 25 EGV	171
g) Grundfreiheiten und Grundrechte	172
2. Sekundärrecht	173
a) Entmonopolisierung und faktische Gewinnbeschränkung	173
b) Gebührenkalkulation	174
III. Nationales Wettbewerbsrecht	175
1. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	175
a) Anwendbarkeit auf kommunale Wirtschaftstätigkeit	175
b) Kartellverbot	177
c) Vertikalvereinbarungen	178
d) Missbrauchsverbot	178
e) Diskriminierungsverbote	179
f) Schadensersatzansprüche	180
g) Vergaberecht	180
aa) Vergabe von Daseinsvorsorgeleistungen	180
bb) In-house-Geschäfte	182
cc) Sonstige Fragen des Anwendungsbereichs	184
2. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	185
a) Anwendbarkeit auf kommunale Wirtschaftstätigkeit	185
b) Sittenwidrigkeit	187
aa) Verletzung des kommunalen Wirtschaftsrechts	187
bb) Sonstige Fälle bzw. Fallgruppen	190
cc) Rechtsweg	191
<i>D. Rahmenvorgaben des kommunalen Wirtschafts-</i> <i>und Verfassungsrechts</i>	193
I. Kommunales Wirtschaftsrecht	193
1. Begriff des wirtschaftlichen Unternehmens	194
a) „Wesen“ des wirtschaftlichen Unternehmens	194

b) Abgrenzung von Hoheitsbetrieben	199
c) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	202
aa) Nichtrechtsfähige Anstalt	202
bb) Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalt als wirtschaftliches Unternehmen	203
cc) Regiebetrieb	203
dd) Eigenbetrieb	205
ee) Zweckverband	206
d) Privatrechtliche Organisationsformen	207
aa) Eigengesellschaft	208
bb) Gemischtwirtschaftliches Unternehmen	209
cc) Holdingmodelle	210
dd) Formen gesellschaftsähnlicher (intensiver) Kooperation mit Privaten	211
(a) Niedersächsisches Betreibermodell	211
(b) Sonderfall des abfallrechtlichen Betreibermodells	213
(c) Betriebsführungsmodell	214
(d) Weitere Formen	214
ee) Verein	214
ff) Stiftung	215
2. Schrankentrias	216
a) Öffentlicher Zweck	217
b) Angemessenheitsklausel	220
c) Subsidiaritätsklausel	220
d) Drittschutz	224
3. Randnutzung bzw. Annexitätigkeit	226
4. Besondere Anforderungen an kommunale Wirtschaftsunternehmen in Privatrechtsform	229
a) Vorrang öffentlich-rechtlicher Unternehmensformen	229
b) Ingerenzgebote und weitere Anforderungen	230
5. Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen in den jeweiligen Bereichen	233
a) Wasserversorgung	233
b) Stromversorgung	234
c) Gas	235
d) Fernwärme	235
e) Abfallentsorgung	235
f) Abwasserbeseitigung	236
g) Sonstige Bereiche	237
6. Ungeschriebene Ermessensermächtigung	237
II. Allgemeines Kommunalverfassungsrecht	238
1. Pflicht zur Bereitstellung von Einrichtungen	239
2. Lastentragungspflicht	239
3. Anspruch auf Benutzung kommunaler Einrichtungen	240
4. Anschluss- und Benutzungszwang	241
a) Voraussetzungen und Inhalt	242

b) Befreiungen	244
c) Drittschutz	248
5. Monopolmissbrauch	249
6. Zuständigkeiten	250

Teil 3

Gewinnerzielung durch Vorzugslasten

<i>A. Allgemeiner Rahmen der Erhebung von Vorzugslasten</i>	<i>254</i>
I. Arten von Vorzugslasten im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge	254
1. Begriff der Vorzugslast	254
2. Gebührenbegriff	256
a) Meinungsstand	256
b) Stellungnahme	262
3. Beitragsbegriff	264
a) Beitrag als Abgabe für eine potenzielle Begünstigung	264
b) Sonderfall Erschließungsbeiträge	266
c) Abgrenzung von Sonderformen bzw. beitragsähnlichen Abgaben	267
4. Stellung im System kommunaler Einnahmen	268
II. Gesetzgebungskompetenz und Abgabenerhebungsrecht	269
1. Allgemeine Gesetzgebungskompetenz für Vorzugslasten	269
2. Keine gebührenfeindlichen Kernaufgaben	271
3. Kein Rechtsformverbot für gewinnerzielende Vorzugslast	272
4. Gewinnanteile keine Verbrauch- und Aufwandsteuern	273
5. Abgabenerhebungsberechtigte	275
a) Gemeinden und Kreise	275
b) Zweckverbände	276
c) Verwaltungsgemeinschaften i.w.S.	279
d) Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts	280
e) Beliehene	280
III. Allgemeine rechtsstaatliche Anforderungen an Vorzugslasten	283
1. Gesetzmäßigkeit der Abgabenerhebung	283
2. Satzungszwang	285
3. Bestimmtheit und Rechtsklarheit	286
a) Bestimmtheit der Erhebung von Vorzugslasten	286
b) Rechtsklarheit	289
4. Verhältnismäßigkeit hinsichtlich der Wahl der Abgabeart	289
<i>B. Grundsatz der Belastungsgleichheit</i>	<i>291</i>
I. Gleichheitssatz und Abgabenerhebung	291
II. Rechtfertigung von Vorzugslasten	293
1. Erfordernis einer besonderen Rechtfertigung	293

2. Rechtfertigungsgründe	296
a) Keine Rechtfertigung durch den Kostendeckungszweck	296
b) Vorteilsabschöpfung	297
c) Objektives Leistungsinteresse	303
d) Kostenprovokation	307
e) Gruppenverantwortung	309
aa) Sonderabgabenrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	309
bb) Übertragbarkeit der Rechtsprechung als Rechtfertigungsgrund für Gebühren	312
(a) Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	312
(b) Meinungsbild in der Literatur	313
(c) Stellungnahme – Sonderabgabekriterien als Rechtfertigungstatbestand	313
f) Sozialstaatliche Ziele, insbesondere Umverteilung	315
g) Beitragsrechtfertigung	318
h) Nebenzwecke	319
3. Angemessenes Verhältnis von Gebührenbemessung und -zweck	322
4. Pflicht zur gleichmäßigen Vorteilsabschöpfung bzw. zur Abwälzung von zurechenbaren Kosten	323
III. Rechtfertigung von Gewinnanteilen	326
1. Meinungsbild in Rechtsprechung und Literatur	327
2. Rechtfertigungsgründe	330
a) Auszuscheidende Rechtfertigungsansätze	330
aa) Objektives Leistungsinteresse und Kostenprovokation	330
bb) Erzielung allgemeiner Deckungsmittel	330
(a) Ungleichbehandlung	330
(b) Grundsätzlich keine sachliche Rechtfertigung	332
cc) Freiwilligkeit	333
dd) Umverteilung	334
b) Mögliche Rechtfertigungsgründe	334
aa) Vorteilsabschöpfung	334
bb) Lenkungszwecke	335
cc) Gruppenverantwortung, insbesondere hinsichtlich einer Quersubventionierung	336
(a) Gewinnverwendung außerhalb der Einrichtung	337
(b) Gewinnverwendung innerhalb der Einrichtung	340
dd) Gewinnerzielung zur Schonung des Marktes	340
ee) Verzicht auf die Belastung der Nichtbenutzer aus Gründen der Praktikabilität	341
IV. Bemessung der Höhe des Gewinns	343
1. Einheitlicher Gewinnaufschlag	344
2. Leistungsproportionaler Gewinnaufschlag	344
3. Bemessung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	347
V. Gefahren der Typisierung	348

<i>C. Ungeschriebenes und teilkodifiziertes Abgabenverfassungsrecht . . .</i>	351
I. Kein verfassungsrechtliches Ertragsprinzip	351
II. Kein verfassungsrechtliches Gebot der Kostendeckung oder Kostenorientierung	352
1. Inhalt und verfassungsrechtliche Bezüge	352
2. Stellungnahme	355
3. Aufwandsdeckungsprinzip im Beitragsrecht	357
III. Wirkschwäche des verfassungsrechtlichen Äquivalenzprinzips	357
1. Historische Wurzeln	357
2. Inhalt	358
3. (Verfassungsrechtliche) Rechtsgrundlage	360
a) Ansichten in Rechtsprechung und Literatur	360
b) Stellungnahme	362
4. Äquivalenz hinsichtlich des Primärzwecks der Gebühr	363
a) Kostenabwälzung aufgrund Kostenprovokation oder objektiven Leistungsinteresses	363
b) Vorteilsabschöpfung	364
5. Bedeutung von Nebenzwecken für die Äquivalenzprüfung	365
a) Gewinnerzielung als Nebenzweck	366
b) Sonstige Nebenzwecke	369
6. Verhältnis von verfassungs- und einfachgesetzlichem Prinzip	370
7. Anwendbarkeit auf Beiträge	371
8. Wirksamkeit des Äquivalenzprinzips	372
IV. Prinzip der Erforderlichkeit	373
1. Anwendungsbereich und Inhalt	373
2. Maßgebliche Perspektive	375
3. Beauftragung von Fremdunternehmen	375
V. Aus der Menschenwürde und Freiheitsgrundrechten ableitbare Gewinnschranken	376
1. Menschenwürdeprinzip	377
2. Eigentumsfreiheit	378
a) Erdrosselungsverbot	379
b) Halbteilungsgrundsatz	381
3. Berufsfreiheit der Abgabepflichtigen	382
4. Allgemeine Handlungsfreiheit	383
VI. Prinzip der speziellen Entgeltlichkeit	384
VII. Keine Zweckbindung des Abgabenaufkommens	385
VIII. Keine Schranken aus dem Wesen der Vorzugslast	386
 <i>D. Finanzverfassungsrechtliche Gewinnschranken</i>	 387
I. Schutz- und Begrenzungsfunktion der Finanzverfassung	387
II. Kein allgemeiner Vorrang der Steuer	390
1. Steuerstaatsdoktrin Isensees und ihre Rezeption	390
2. Stellungnahme	393

III. Verhältnis von Finanzverfassung und Vorzugslastenerhebung	395
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	395
2. Meinungsbild in der Literatur	396
3. Stellungnahme	398
a) Bedeutung der Schutz- und Begrenzungsfunktion für die gemeindliche Ebene	398
b) Steuerähnliche Wirkungen gewinnerzielender Vorzugslasten	402
aa) Finanzverfassungsrechtlicher Schutz des Bürgers	403
bb) Schutz des finanzverfassungsrechtlichen Verteilungssystems	405
4. Länderfinanzverfassungsrecht	411
 E. Gewinnverbote und Gewinngebote des Kommunalrechts	 413
I. Zweckerfordernis als eingeschränktes Gewinnverbot	413
1. Gewinnerzielung als Primärzweck	413
2. Bestandsschutz für Altunternehmen	417
II. Kostenüberschreitungsverbot als gebührenspezifisches Gewinnverbot	417
1. Anwendungsbereich	418
2. Rechtsgrundlage und Inhalt	418
3. Globalprinzip	420
4. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	422
5. Bedeutung der Sollfassung	424
a) Allgemeine Bedeutung von Soll-Vorschriften	424
b) Unterdeckungen im öffentlichen Interesse	425
c) Überdeckungen im öffentlichen Interesse?	425
6. Mögliche Verstöße	428
a) Fallgruppen	428
b) Unbeachtlichkeit im Ergebnis	430
c) Bagatellgrenze	431
aa) Meinungsbild	431
bb) Stellungnahme zur Bagatellgrenze	433
7. Sonderregelungen	435
8. Verhältnis zum Ertragsprinzip	435
9. Verhältnis zum Äquivalenzprinzip	438
10. Wirksamkeit des Kostenüberschreitungsverbots	439
III. Aufwandsüberschreitungsverbot als beitragspezifisches Gewinnverbot	441
IV. Äquivalenzprinzip als Schranke der Gewinnerzielung?	442
1. Rechtsgrundlagen und Inhalt	443
2. Leistungsbegriff	444
3. Bestimmung des Werts der Leistung	446
a) Gebührenfähige Leistung	446
b) Beitragsfähige Leistung	448
c) Entbehrlichkeit der Wertbestimmung?	449

4. Äquivalenz bei Wahrscheinlichkeitsmaßstäben und Quersubventionierung	450
a) Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe	450
b) Quersubventionierung	452
V. Ertragsprinzip	453
1. Gewinngebot für wirtschaftliche Unternehmen	453
a) Rechtsgrundlagen	453
b) Ertragsbegriff	454
c) Sollfassung	455
d) Bedeutung für die Kalkulation	457
e) Anwendungsbereich	457
aa) Erfasste Unternehmens- bzw. Betriebsformen	457
bb) Hoheitsbetriebe	458
2. Zulässige bzw. gebotene Gewinnhöhe	459
a) Bedeutung der Zweckbindung	459
b) Angemessenheit des Gewinns	461
aa) Unterschiede des Landesrechts	461
bb) Verhältnis zum Übermaßverbot	461
cc) Schutzzweck(e)	463
dd) Inhalt der Angemessenheit	465
ee) Faktoren der Angemessenheit	469
ff) Justiziabilität/Kontrolltiefe	471
gg) Bestimmtheit	473
c) Wirtschaftlichkeitsprinzip	474
aa) Gewinnmaximierung	474
bb) Meinungsbild	474
cc) Stellungnahme	477
d) Mindestgewinnvorgaben	483
e) Analoge Anwendung des Preisprüfungsrechts?	484
f) Bedeutung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für die Gewinnerzielung	485
3. Verhältnis zum Anschluss- und Benutzungszwang	486
4. Verfassungsmäßigkeit	488
a) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	488
b) Bestimmtheit	489
c) Belastungsgleichheit	489
d) Finanzverfassung	490
e) Parlamentsvorbehalt	490
f) Verfassungskonforme Auslegung	495
5. Bindung der Gewinnverwendung	497
VI. Kommunales Haushaltsrecht	498
1. Gebote der stetigen Aufgabenerfüllung, des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und des ausgeglichenen Haushalts	498
2. Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit	499
a) Allgemeiner Inhalt	499

b) Bedeutung für die Gewinnerzielung	502
c) Pflicht zur Erzielung von Nicht-Gebühreneinnahmen	503
3. Wirtschaftlichkeitsberechnungen	504
4. Einnahmebeschaffungsgrundsätze	505
a) Inhalt und Bindungswirkung	505
b) Vereinbarkeit mit dem Steuerstaatsprinzip	507
c) Gebot der Gewinnerzielung	509
d) Nachrangigkeit der Kreditaufnahme	510
5. Sonstige Haushaltsgrundsätze	510
a) Vollständigkeit des Haushaltsplans	510
b) Kassenwirksamkeit	511
c) Non-Affektation	511
d) Trennung von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt	512
e) Kalkulation der Ausgaben und Einnahmen	512
6. Auswirkungen des Neuen Steuerungsmodells	513
VII. Besonderheiten des Zweckverbands- und Eigenbetriebsrechts	516
1. Zweckverbandsrecht	516
2. Eigenbetriebsrecht	517
VIII. Sonderregelungen für kommunale Sporteinrichtungen in den neuen Ländern	519
<i>F. Verdeckte Gewinnerzielung</i>	520
I. Kalkulation der gebührenfähigen Kosten	520
1. Kostenbegriff	522
2. Kostenermittlung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen	523
a) Bedeutung	523
b) Meinungsstand	524
c) Stellungnahme	525
d) Kontrolldichte	527
e) Verbot des Ansatzes unwirtschaftlicher Kosten?	528
f) Keine Gewinnrechtfertigung aufgrund betriebswirtschaftlicher Grundsätze	529
3. Kosten der jeweiligen Einrichtung	530
a) Betriebsbedingtheit der Kosten	530
b) Schwierigkeit der Abgrenzung von den leistungsfremden Kosten	531
c) Sonderfall leistungsfremder Kosten: Kosten der Allgemeinheit	532
4. Erforderlichkeit der Kosten	535
a) Rechtsgrundlage und Inhalt	535
b) Erforderlichkeit von Fremdleistungen	536
c) Unterlassung gebotener Ausschreibungen	537
d) Erforderlichkeit von Planungskosten	544
e) Weitere Einzelfälle	545
5. Kostenarten im Einzelnen	546
a) Personalkosten	546

b) Materialkosten	547
c) Fremdleistungskosten	547
aa) Begriff und Relevanz	547
bb) Grundsätzliche Ansatzfähigkeit	548
cc) Quersubventionierung	549
dd) Fremdleistungen von Eigengesellschaften und Beteiligungsunternehmen	550
ee) Gewinnanteil der privaten Mitgeschafter	550
ff) Bedeutung der Anlagenveräußerung	552
d) Fremdkapitalzinsen	553
aa) Beitragsrecht	553
bb) Stellungnahme	555
cc) Gebührenrechtliche Bedeutung	557
dd) Angemessenheit des Zinssatzes	557
e) Eigenkapitalverzinsung	558
aa) Grundsätzliche Ansatzfähigkeit von Eigenkapitalzinsen	558
bb) Wertansatz	559
cc) Bestimmung des betriebsnotwendigen Vermögens	561
dd) Betriebsnotwendige Grundstücke	562
ee) Verzinsung des Abzugskapitals	563
ff) Angemessenheit	566
gg) Prozentzuschlagsklausel	568
hh) Effizienzsteigerungsklausel	570
ii) Einheitlicher Zinssatz	573
jj) Betriebsformenwechsel (innerhalb öffentlich-rechtlicher Organisation)	574
f) Abschreibung	575
aa) Rechtfertigung der Abschreibung	575
bb) Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert	577
(a) Meinungsbild	577
(b) Stellungnahme	580
(c) Ermittlung des Wiederbeschaffungszeitwerts	585
cc) Zu kurze Abschreibungsdauer	585
dd) Zu lange Abschreibungsdauer	586
ee) Lineare, degressive und progressive Abschreibung	589
ff) Abschreibung des beitrags- und zuschussfinanzierten Teils des Anlagevermögens	590
gg) Unzulässigkeit der Abschreibung von Grundstücken	593
hh) Zweckbindung der aus der Abschreibung erlangten Beträge	593
ii) Verzinsung der Abschreibungserlöse	595
jj) Verhältnis von Abschreibung und Schuldentilgung	596
kk) Betriebsformänderung	596
g) Abgaben	597
h) Kalkulation künftiger Deponiekosten	599
i) Wagniszuschläge	600
j) Vorhaltekosten	602

6. Periodenbezogenheit der Kosten	603
7. Transparenz der Kalkulation	604
8. Kalkulation nach KAG und Eigenbetriebsrecht	608
II. Gebührenkalkulation in Bezug auf Einnahmen	609
1. Ausgangslage	609
2. Versuch einer Systematisierung	610
a) Betriebsbezogenheit	611
b) Verrechnungspflicht	611
aa) Fehlen ausdrücklicher Vorgaben	612
bb) Sinn und Zweck	613
cc) Systematik	616
dd) Ergebnislosigkeit der klassischen Auslegungsmethoden	617
ee) Verfassungskonforme Auslegung	619
3. Einnahmen im Einzelnen	623
a) Gebühren	623
b) Beitragsleistungen	623
c) Zinsgewinne auf Abschreibungserlöse	624
d) Zinsgewinne auf sonstige Überschüsse	626
e) Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagen und Anlagenteilen	626
aa) Veräußerung an Eigen- oder Mehrheitsgesellschaften	627
(a) Meinungsbild	627
(b) Stellungnahme	629
bb) Materielle Privatisierung	632
f) Veräußerung von Grundstücken	633
g) Beteiligungsgewinne	634
h) Gewinne aus Cross-Border-Leasing	636
i) Gewinne aus Randnutzungen	638
j) Anlagenbezogene Zuschüsse und Zuwendungen Dritter	639
k) Abgabenerstattungen	640
l) Versicherungsleistungen	640
m) Abgabenrechtliche Nebenleistungen	641
n) Konzessionsabgaben	641
III. Umgang mit unerwarteten Über- und Unterdeckungen	642
1. Umgang mit Überdeckungen (Überschuss)	642
a) Positive Regelungen in den Kommunalabgabengesetzen	642
b) Rechtslage beim Fehlen spezialgesetzlicher Regelungen	643
2. Umgang mit Unterdeckungen (Defizite)	647
IV. Beitragskalkulation	648
1. Berechnung des Aufwands	649
a) Kalkulation nach Einheitssätzen	649
b) Schätzung des Aufwands	651
c) Wertbestimmung von Grundstücken	652
d) Beitragserhebung für Unterhaltungsmaßnahmen	652
e) Zu niedriger Eigenanteil (Gemeindeanteil)	653
f) Einbeziehung des Aufwands in Erschließungsvertragsgebieten	654

g) Erschließungsbegriff	654
h) Vorteilsgerechtigkeit	655
2. Berechnung der Einnahmen	656
a) Zuwendungen Dritter	656
b) Einnahmen aus Nachveranlagungen	657
c) Zinsen auf Vorausleistungen	658
<i>G. Gewinnschranken außerhalb des Verfassungs- und Kommunalrechts</i>	660
I. Europarecht	660
II. Energiewirtschaftsrecht	661
III. Allgemeine Versorgungsbedingungen	662
IV. Gewerberecht	664
V. Privatrechtliche Schranken des Verwaltungsrechts	665

Teil 4

Gewinnerzielung durch privatrechtliche Entgelte

<i>A. Privatrechtliche Entgelte in der Daseinsvorsorge</i>	668
I. Begriff des privatrechtlichen Entgelts	668
II. Vergleich der Wirkungen von Abgaben und privatrechtlichen Entgelten.	669
<i>B. Reichweite der Verfassungsbindung</i>	672
I. Allgemeines zum Verhältnis von Privatrecht und Öffentlichem Recht	672
II. Allgemeine Bindung an Verfassungsrecht	673
1. Kommune als Verwaltungsträger	674
2. Eigengesellschaften	675
3. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	676
4. Stellungnahme zur Verfassungsbindung von Kommunen sowie ihren Eigen- und Mehrheitsgesellschaften	677
III. Grundrechtsbindung	681
1. Gleichheitssatz	681
2. Allgemeine Handlungsfreiheit	683
a) Anwendbarkeit	683
b) Vertragserfüllung als Grundrechtseingriff?	683
aa) Einführung in die Problematik	683
bb) Grundrechtsverzicht	684
(a) Meinungsstand zum Grundrechtsverzicht	685
(b) Stellungnahme	686

cc) Eingriffscharakter	690
(a) Kommunale Monopole	692
(b) Nichtmonopolisierte Leistungserbringung	693
c) Auffangfunktion	694
d) Rechtfertigung der Gewinnerzielung durch die Privatautonomie	694
3. Berufsfreiheit	697
4. Eigentumsfreiheit	698
IV. Sonstige Rechtssätze des Verfassungsrechts	699
1. Kommunales Selbstverwaltungsrecht	699
2. Prinzip des demokratischen Rechtsstaats als Schranke der Gewinnorientierung	699
3. Vorbehalt des Gesetzes	700
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	700
a) Meinungsstand	700
b) Stellungnahme	701
5. Erforderlichkeit	704
6. Finanzverfassungsrecht	704
V. Besonderheiten des Landesverfassungsrechts	705
 C. <i>Privatrechtliche Schranken</i>	 706
I. Vorgaben des Bürgerlichen Gesetzbuchs	706
1. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	706
a) Allgemeiner Inhalt	706
b) Grundrechte als Verbotsgesetze	707
c) Sonstige Verfassungsrechtssätze als Verbotsgesetze	709
d) Verwaltungsrecht als Verbotsgesetz	710
e) Rechtsfolge	711
2. Sittenwidrige Rechtsgeschäfte	712
a) Allgemeiner Inhalt des § 138 Abs. 1 BGB	712
b) Konkretisierung der guten Sitten durch öffentliches Recht	713
c) Bedeutung einer Monopolstellung	714
3. Wucher	717
4. Anfechtung	717
5. Treu und Glauben	718
6. Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	719
a) Alte und neue Rechtslage	719
b) Vereinbarkeit der einseitigen Leistungsbestimmung mit § 307 BGB	721
c) Klauseln über die Verknüpfung von Preis- und Kostensenkung	721
d) Sonstige Gewinnsschranken	722
7. Billigkeitskontrolle bei einseitiger Leistungsbestimmung	723
a) Allgemeiner Inhalt des § 315 Abs. 3 BGB	723
b) Anwendbarkeit auf Verträge der Daseinsvorsorge	724

c) Stellungnahme zur Anwendbarkeit der Norm im Rahmen der Daseinsvorsorge	725
aa) Vielfalt der Fallkonstellationen	725
bb) Regelungslücke im Bereich faktischer Leistungsbestimmung durch Monopolisten	726
cc) Vergleichbarkeit der Interessenlage	729
d) Rechtsfolge der Unbilligkeit	729
e) Inhalt der Billigkeitskontrolle	730
f) Konkretisierungen der Billigkeit durch öffentliches Recht	731
aa) Grundsatz der preisgünstigen Stromversorgung	732
bb) Grundsatz der preisgünstigen Gasversorgung	735
cc) Sonstige spezialgesetzliche Regelungen	736
dd) Grundrechte als Konkretisierung der Billigkeit	738
ee) Äquivalenzprinzip als Konkretisierung der Billigkeit	739
ff) Kostenüberschreitungsverbot als Konkretisierung der Billigkeit	740
gg) Verbot der Gewinnerorientierung für Hoheitsbetriebe als Ausdruck der Billigkeit?	740
8. Leistungsbestimmung durch Dritte	742
9. Schadensersatzanspruch wegen Schutzgesetzverletzung	742
10. Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	744
11. Kontrahierungszwänge	744
II. Allgemeine Versorgungsbedingungen	745
III. Vertragliche Bindungen	747
IV. Sonstige Schranken der Gewinnerzielung aus bürgerlichem Recht	747
<i>D. Anwendbarkeit von Verwaltungsrecht</i>	<i>748</i>
I. Verwaltungsverfahrensrecht	748
II. Kommunalverfassungsrecht	749
1. Ertragsprinzip	749
a) Verfassungskonforme Auslegung im Hinblick auf steuerähnliche Entgelte	749
b) Verbot der Gewinnerzielung in anderen als wirtschaftlichen Unternehmen	750
2. Sonstige Regelungen	750
III. Kommunalabgabenrecht	750
1. Kommunalabgabengesetze als Ausdruck allgemeiner Grundsätze des Finanzgebarens?	751
a) Kommunalabgabengesetz und privatrechtliches Entgelt	751
b) Allgemeine Geltung grundlegender Prinzipien der Finanzgebarung?	752
aa) Meinungsbild in Rechtsprechung und Schrifttum	752
bb) Stellungnahme	753
2. Äquivalenzprinzip	755

3. Kostendeckungsprinzip	758
a) Meinungsstand	758
b) Stellungnahme	759
aa) Argumentationsdefizit der h.M.	759
bb) Analogievoraussetzungen	760
cc) Vergleichbarkeit der Interessenlage	763
c) Rechtsfolge für den privatrechtlichen Vertrag	765
4. Sonstige Kalkulationsvorgaben	766
5. Fortwirkung der gebührenrechtlichen Verstrickung bei formeller Privatisierung	767
IV. Kommunales Haushaltsrecht	768
V. Sonstige Schranken	769

Teil 5

Kontrolle und Akzeptanz der Gewinnerzielung

A. Kontrolle	772
I. Eigenkontrolle	772
1. Betriebsinterne Eigenkontrolle	772
a) Rechtmäßigkeitskontrolle	772
b) Erfolgskontrolle	772
c) Verwaltungs-Controlling	773
2. Kommunale Eigenkontrolle verselbständigter Betriebe	774
3. Eigenkontrolle im Widerspruchsverfahren	774
4. Rechnungsprüfung durch eigene Rechnungsprüfungsämter	775
II. Fremdkontrolle	776
1. Kommunalaufsicht	776
2. Rechnungsprüfung	777
3. Gerichte	777
4. Abgabepflichtige	779
III. Meinungsdruck	779
IV. Besonderheiten der Kontrolle der privatrechtlichen Gewinnerzielung	780
B. Akzeptanz der Gewinnerzielung	782
I. Akzeptanzverhältnis von Steuer und Vorzugslast	783
II. Akzeptanzverhältnis von Vorzugslast und privatrechtlichem Entgelt	785

Teil 6

Regelungen zur Gewinnerzielung de lege ferenda

A. Vorzugslasten	788
I. Verfassungsrecht und einfaches Bundesrecht	788
1. Gesetzgebungskompetenz im Hinblick auf nichtsteuerliche Abgaben	788
2. Zweckbestimmungen für nichtsteuerliche Abgaben	788
3. Zweckbestimmung für Vorzugslasten	790
4. Verbot steuerähnlicher Abgaben	791
5. Normierung des Äquivalenzprinzips	791
6. Ausreichende Finanzausstattung	791
7. Verfassungsrechtliche Regelung des Rechts öffentlicher Unternehmen	792
8. Änderung des § 18a Abs. 2 und 2a WHG	793
II. Kommunales Abgabenrecht	793
1. Zweckbestimmungen	793
2. Verbot der Gewinnerzielung bei Monopol	793
3. Normierung des Äquivalenzprinzips	794
4. Vorgaben zur Kostenkalkulation	795
a) Normierung einer verbindlichen Zielaussage für die Kostenkalkulation	795
b) Normierung zulässiger Kostenansätze	795
5. Vermeidung unnötiger Kosten	796
6. Umgang mit Einnahmen	797
a) Zweckbindung des Gebührenaufkommens	797
b) Zweckbindung anderer Einnahmen	797
c) Pflicht zur zinsbringenden Anlage	798
7. Maximale Höhe des Gewinnaufschlags	799
8. Stärkung der Kontrolle durch die Abgabepflichtigen/Transparenz	799
III. Kommunales Wirtschaftsrecht	801
1. Abschaffung des kommunalen Wirtschaftsrechts	801
2. Verschärfung der kommunalwirtschaftlichen Schranken	801
3. Gesetzliche Konkretisierung der Zwecksetzungen	804
4. Anpassung der Rechtslage an die ökonomischen Verhältnisse	804
5. Ersetzung der Bezeichnung „Ertrag“	804
6. Begrenzung der Gewinnerzielung	805
7. Regelung der Randnutzung	805
8. Tarifgenehmigung	806
9. Transparenz der Unternehmensgewinne	806
IV. Kommunales Haushaltsrecht	806
1. Ausdrückliche Zielvorgaben	806

2. Reduzierung und Optimierung von Regiebetrieben	806
3. Verbesserung und gesetzliche Verankerung des Controlling	807
V. Wettbewerbsrecht	807
<i>B. Privatrechtliche Entgelte</i>	<i>809</i>
I. Ausdrückliche Geltung öffentlich-rechtlicher Schranken der Gewinnerzielung	809
1. Verhältnismäßigkeitsprinzip	809
2. Kostendeckungsprinzip	809
3. Verbot der Gewinnerzielung bei Anschluss- und Benutzungszwang	809
4. Preiskontrolle	810
II. Änderung des Privatrechts	810
1. Normierung eines besonderen Verwaltungsprivatrechts	810
2. Abschaffung des Verwaltungsprivatrechts	811
3. Gesellschaftsrecht	811
4. Dienst- und Arbeitsrecht	812
5. Neuartige Finanzierungsformen	812
6. Sozialstaatliche Einbindung privatwirtschaftlicher Anbieter der Daseinsvorsorge	812
<i>Schlussbetrachtung</i>	<i>813</i>
<i>Zusammenfassung in Thesen</i>	<i>817</i>
Literaturverzeichnis	827
Sachregister	855
Personenregister	875

Einleitung

Die Finanzen eines jeden Gemeinwesens sind sein „nervus rerum“.¹ Ein Gemeinwesen mit schwachen Finanzen ist kraftlos. Ein verschuldetes Gemeinwesen läuft Gefahr, selbst dringend erforderliche Maßnahmen nicht mehr finanzieren zu können und seine politische Gestaltungskraft zu verlieren. Angesichts des historischen Höchststandes der gemeinhin als „prekär“ und „dramatisch“ bezeichneten Kommunalverschuldung² gilt es heute mehr denn je, Wege aus der Schuldenfalle zu suchen, insbesondere um politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen und künftige Generationen nicht mit den Zinsen früherer Kreditaufnahmen der öffentlichen Hand zu belasten.³ Die Kommunen überle-

¹ *Herzog*, Strukturängel der Verfassung?, S. 115; *Vogel*, in: *Isensee/Kirchhof, HdStR*, Band 1, § 27 Rdnr. 22; vgl. auch *Kilian*, Nebenhaushalte des Bundes, S. 46: „Geld ist das Lebenselixier des Staates“ (unter Bezugnahme auf *Mußgnug*). *Katz*, DÖV 2000, S. 235, bezeichnet die Frage der Verteilung der Finanzgewalt als „Seinsfrage“ jeder staatlichen und kommunalen Ebene. Deutlicher als das lateinische Sprichwort „Pecunia est nervus rerum“ ist die Formulierung von *Veit Ludwig Seckendorf* im Jahre 1665 (einer der sog. älteren Kameralisten) „Pecunia enim est nervus rerum gerendarum“, die er ausdrücklich auf die Staatsverwaltung bezog (vgl. *von Unruh*, in: *Jeserich/Pohl/von Unruh*, Deutsche Verwaltungsgeschichte, Band 1, S. 413 f.).

² Die Finanzkrise der Kommunen und ihre insgesamt beängstigend hohe Verschuldung bei rückläufigen Einnahmen ist keineswegs ein neues Phänomen, sondern lediglich verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Diese Problematik tritt in den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen auf, mögen auch die Zahlen der neuen Bundesländer noch mehr Anlass zur Sorge geben (Statistiken zur Kommunalverschuldung etwa bei *Karrenberg*, Die Finanzlage der Kommunen 2001 und 2002, *GemHH* 2002, S. 97 ff.; ders., Positionen des Deutschen Städtetages zur Gemeindefinanzreform, *GemHH* 2002, S. 193 ff.; ders., Die Finanzlage der Kommunen in den alten und den neuen Ländern 1999 und 2000, *GemHH* 2000, S. 73 ff.; *Müchel*, Finanzverfassungsrechtlicher Schutz der kommunalen Selbstverwaltung, S. 15–30; *Schoch/Wieland*, Finanzierungsverantwortung, S. 207 ff., Tabellen 10, 13, 15); zur Lage der Kreisfinanzen in den Jahren 2002 und 2003 *Wohltmann*, Der Landkreis 2003, S. 83 ff., 108 ff. *Schoch/Wieland* (a.a.O., S. 15) u.a. beschreiben die Situation als „Talfahrt“ der Kommunalfinanzen (vgl. auch *Schoch*, Verfassungsrechtlicher Schutz, S. 251: „dramatische Finanzkrise“). Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände (mit Zweckverbänden) betrug im Jahr 1999 187.397 Millionen DM und im Jahr 2000 178.100 Millionen DM (Statistisches Bundesamt Wiesbaden). Neuere Literatur zur kommunalen Finanznot s.u.a. *Erlenkämper*, *NVwZ* 1999, S. 1298 ff.; *Katz*, DÖV 2000, S. 235 ff.; *Kirchhof*, Gutachten zum 61. Deutschen Juristentag 1996, S. D 87 ff.; *Schoch*, Verfassungsrechtlicher Schutz der kommunalen Finanzautonomie, S. 13–94. Leichte Erholungstendenzen will hingegen *Cromme*, *DVB*. 2000, S. 459, erkennen.

³ Zur Staatsverschuldung als zumindest partiell intertemporaler Lastenverschiebung in die Zukunft in finanzwissenschaftlicher Hinsicht: *Henneke*, Öffentliches Finanzwesen, Rdnr. 562–567; in finanzverfassungsrechtlicher Hinsicht: *Wendt*, *DVB*. 2001, S. 497 ff.; zu demokratietheoretischen Aspekten der Lastenverschiebung: *Höfling*, Staatsschuldenrecht, S. 94 ff. Vgl. auch

gen daher verstärkt, wie sie Ausgaben senken und Einnahmen erhöhen können.⁴ In den Blick ist dabei zunehmend der Bereich der Daseinsvorsorge geraten, der ein klassisches Betätigungsfeld der Kommunen darstellt.⁵ Auf der Suche nach Wegen zur Entschuldung der kommunalen Haushalte scheint sich eine Gewinnerzielung und „Umformung“ der spezifischen Finanzierungsfunktion der Vorzugslasten⁶ und privatrechtlichen Entgelte in allgemeine Finanzierungsinstrumente in diesem praktisch bedeutsamen Bereich kommunaler Tätigkeit geradezu aufzudrängen,⁷ zumal die kommunalen Einnahmen aus Gebühren, Beiträgen und privatrechtlichen Entgelten immerhin mehr als 20% der Einnahmen der kommunalen Haushalte darstellen.⁸ Aus der kommunalen Perspektive stellt sich daher die Frage, in welchen Bereichen und in welchem Umfang die Kommune Gewinnmöglichkeiten ausschöpfen darf. Aus dem Blickwinkel eines Schuldners von kommunalen Abgaben und Entgelten ist hingegen zu fragen, inwieweit die Rechtsordnung ihn vor staatlicher Gewinnerzielung mit Vorzugslasten und privatrechtlichen Entgelten schützt. Dies gilt vor allem für Leistungsangebote der kommunalen Daseinsvorsorge, die der Bürger aufgrund eines kommunalen Monopols in Anspruch nehmen muss.

Höffe, Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, S. 160: „Die fiskalische Handlungsfähigkeit wiederherzustellen, gehört daher zu den wichtigsten, legitimatorisch unverzichtbaren Aufgaben eines zukunfttauglichen Staates.“

⁴ *Badura*, DÖV 1998, S. 818; *Becker*, DÖV 2000, S. 1032; *Henneke*, Öffentliches Finanzwesen, Rdnr. 465.

⁵ I.d.S. etwa *Friedl*, VR 1996, S. 314; ders., GemHH 1996, S. 203.

⁶ I.S.v. Geldlasten für einen gewährten Vorzug in Gestalt einer individuell zurechenbaren hoheitlichen Leistung. Näher zu diesem Begriff Teil 3 A. I.

⁷ *Mückl*, Finanzverfassungsrechtlicher Schutz der kommunalen Selbstverwaltung, S. 20 meint in diesem Zusammenhang, die Kommunen seien „um phantasiereiche, wiewohl rechtlich nicht unproblematische Konstruktionen zur Steigerung der Gebühreneinnahmen nicht verlegen“; vgl. auch *Friedl*, GemHH 1996, S. 210, der die Tendenz zu jener „Umformung“ kritisiert, sowie *Ruffert*, VerwArch. 92 (2001), S. 28.

⁸ Vgl. etwa die Statistik der Kommunalfinanzen 1998 bis 2000 bei *Karrenberg*, GemHH 2000, S. 77. Laut Finanzbericht des Bundesfinanzministeriums 1997, S. 153 (zitiert nach *Schoch*, Verfassungsrechtlicher Schutz, S. 24), betrug der Einnahmeanteil der Gebühren und Beiträge im Haushaltsjahr 1995 17,1% (Zur Bedeutung dieser Einnahmengruppe vgl. auch den Überblick über die Kommunalfinanzen der Jahre 1995–1997 bei *Gern*, Deutsches Kommunalrecht, Rdnr. 677. Hiernach beliefen sich etwa im Jahre 1995 die Einnahmen der alten Bundesländer aus Gebühren auf 33,21 Milliarden DM gegenüber 78,33 Milliarden DM Steuereinnahmen bei einem Gesamteinnahmenvolumen von 224,12 Milliarden DM; zur nominellen Höhe der Einnahmen aus diesen Abgabenarten von 1970 bis 1993 s. *Schoch/Wieland*, Finanzierungsverantwortung, S. 213, Tabelle 5). Für das Jahr 2000 weist das Statistische Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland (S. 503) aus, dass die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus wirtschaftlicher Tätigkeit insgesamt 34,4 Milliarden DM betragen, wovon 14,9 Milliarden DM auf die Gemeinden entfielen. Das besondere Gewicht der Kommunalwirtschaft im Rahmen der öffentlichen Wirtschaft wird auch anhand der Zahl von 3.500 kommunalen Unternehmen mit ca. 530.000 Beschäftigten deutlich (Angaben des Europäischen Zentralverbandes der öffentlichen Wirtschaft, zitiert nach *Ehlers*, Gutachten E zum 64. Deutschen Juristentag, S. 18).

Dem Vorwurf, die Kommunen drehten an der Gebührenschaube⁹ und hätten steigende Gebühreneinnahmen,¹⁰ wird bisweilen widersprochen und behauptet, „die Gebührenkarte sei ausgereizt“¹¹. Soweit die Statistiken stagnierende oder gar sinkende Gebühreneinnahmen ausweisen,¹² sind sie angesichts von Privatisierungen nur bedingt aussagekräftig.¹³ Jedenfalls im Hinblick auf die gesamten Einnahmen einschließlich der durch privatrechtliche Entgelte vergüteten Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge ist bereits von Goldgräbermentalität¹⁴, Gemeindegeldkapitalismus¹⁵, Expansion der Kommunalwirtschaft in neue Märkte bzw. Geschäftsfelder¹⁶, Unternehmen Stadt¹⁷ und von zunehmender

⁹ So etwa *Mampel*, NWVBl. 1999, S. 380; ähnl. *Reichenstein*, GemHH 1989, S. 3. Dabei ist von „Absahnen“ bei den Gebühren, „hemmungslosem Abkassieren“ und „unseriösem Gebührens-fiskalismus“ die Rede (vgl. *Friedl*, GemHH 1996, S. 202, der u.a. auf die Welt am Sonntag vom 27.8.1995, S. 96 verweist: „Abwassergebühren: Die Städte arbeiten mit allen Tricks“; vgl. andererseits die Vorwürfe abwehrende Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Kommunalen Spitzenverbände, Maßnahmenkatalog zur Dämpfung der Abwasser- und Abfallgebühren, Stadt und Gemeinde 1994, S. 319).

¹⁰ *Mückl*, Finanzverfassungsrechtlicher Schutz der kommunalen Selbstverwaltung, S. 20: „explosionsartige Einnahmenezuwächse ... über Gebühren“; *Wegge*, KStZ 1999, S. 41: „erstaunliche Steigerungsraten der Gebühren für kommunale Einrichtungen, insbesondere denen der Abfall- und Abwasserentsorgung“; *Hörstel*, BauR 1997, S. 14: „ständig steigende Gebühren und Beiträge“ – ohne dies jedoch zu belegen. Angesichts hoher Kostensteigerungen in den neunziger Jahren erscheint fraglich, ob auch die Gewinne der Kommunen in mindestens dem gleichen Maße mitgewachsen sind – vgl. die Angaben zu den Kostensteigerungen bei Abfallbeseitigung (81,6%), Abwasserbeseitigung (97,8%) und Wasserversorgung (75,2%) bei *Arens*, LKV 1998, S. 188.

¹¹ So etwa *Karrenberg*, GemHH 2002, S. 100.

¹² Im Jahr 2002 ist sogar ein leichter Rückgang der Gebühreneinnahmen zu verzeichnen (*Karrenberg*, a.a.O.). Während in den neuen Bundesländern im Jahre 2000 die Gebühreneinnahmen um (nur) ca. 2% anstiegen, senkten sie sich in den alten Bundesländern im Durchschnitt um ca. 1% (vgl. *Karrenberg*, GemHH 2000, S. 75). Vergleicht man allerdings die Gebühreneinnahmen 1980 (13,1 Milliarden) mit denen des Jahres 1998 (30,1 Milliarden) so lässt sich langfristig eine deutliche Steigerung beobachten (Zahlen von *Mückl*, Finanzverfassungsrechtlicher Schutz der kommunalen Selbstverwaltung, S. 20). Zutreffend ist, dass die Gebühreneinnahmen der Kommunen in jüngster Zeit stagnieren.

¹³ Zumindest im Falle nur formeller Privatisierung verlagert sich die Einnahmenerzielung in den Bereich privatrechtlicher Entgelte, wobei Unternehmensüberschüsse weiterhin dem allgemeinen Haushalt zufließen. Zu bedenken ist auch, dass die Statistik nicht den Gewinn der Kommunen ausweist. So mögen zwar im Rahmen der neuen Verwaltungssteuerung Kosteneinsparungen erzielt, diese jedoch nicht an die Einrichtungsbenu-tzer „weitergegeben“ werden, so dass die Kommune ihre Gewinne erhöht, während die Statistik gleichbleibende Einnahmen ausweist.

¹⁴ *Ehlers*, DVBl. 1998, S. 498; *Berg*, WiVerw 2000, S. 141.

¹⁵ Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler NRW, zit. nach *Hill*, BB 1997, S. 425.

¹⁶ *Becker*, DÖV 2000, S. 1032; *Berg*, WiVerw 2000, S. 141 m.w.Nachw. und S. 145: „Kommunalisierungsboom“; *Cronauge*, GemHH 1997, S. 265; *Enkler*, ZG 1998, S. 329; *Hellermann*, Örtliche Daseinsvorsorge, S. 61; *Henneke*, Öffentliches Finanzwesen, Rdnr. 467, unterscheidet insoweit das Erschließen gänzlich neuer Geschäftsfelder und das öffentliche Angebot von Tätigkeiten, die bislang nur internen Zwecken dienen; *Löwer*, VVStRL 60 (2001), S. 417, auch mit einigen Beispielen; *Müller*, JZ 1998, S. 578; *Pielow*, NWVBl. 1999, S. 369; *Ruffert*, VerwArch. 91 (2001), S. 27; *Schmahl*, LKV 2000, S. 47; *Schneider*, DVBl. 2002, S. 1251. Zur Zunahme der Betätigung der Kommunen in der Abfallverwertung *Frenz*, DÖV 2000, S. 802. Praktische Beispiele zum derzeitigen Expansionskurs der Kommunalwirtschaft und neuen Geschäftsfeldern geben

Staatwirtschaft¹⁸ die Rede. Dieses Phänomen ist eingebettet in größere Entwicklungslinien des historisch zu nennenden Umbruchs in der öffentlichen Verwaltung.¹⁹ Dieser Umbruch wird beschrieben mit sich teilweise berührenden und überlagernden Schlagworten wie Staatsaufgaben-Diskussion²⁰ und schlanker Staat²¹, New Public Management²² und Neues Steuerungsmodell,²³ Verwaltungs-

z.B. *Hill*, BB 1997, S. 425, *Henneke*, NdsVbl. 1998, S. 273, *Pagenkopf*, GewArch. 2000, S. 178 und *Schink*, NVwZ 2002, S. 129: Die Kommunalwirtschaft „boomt“. Insoweit ist auch vom „Kobra-Effekt“ die Rede. Diese Bezeichnung beschreibt bildhaft jene Expansion bzw. den Boom der Kommunalwirtschaft als ein Sich-Aufrichten, mit dem Ziel, sich besser gegen die privatwirtschaftliche Konkurrenz behaupten zu können, wobei die Modernisierung und Ökonomisierung der Kommunalwirtschaft die Grenzen zur Privatwirtschaft verwische und den öffentlichen Auftrag vernachlässige, um sich private Geschäftsfelder einzuverleiben (vgl. hierzu *Stober*, NJW 2002, S. 2360, unter Verweis auf *Siebert*, Der Kobra-Effekt, 2001, S. 11, 16).

¹⁷ *Dieckmann*, Unternehmen Stadt, GemHH 1997, S. 121 ff.; *Laux*, Unternehmen Stadt?, DÖV 1993, S. 523 ff. Bisweilen ist auch vom „Konzern Stadt“ (*Banner*, Konzern Stadt, in: Hill/Klages, Qualitäts- und erfolgsorientiertes Verwaltungsmanagement, S. 57), vom „Dienstleistungsunternehmen Stadt“ oder von „Kommunen als Profit Center“ (*Henneke*, Öffentliches Finanzwesen, Rdnr. 465) die Rede.

¹⁸ Verband beratender Ingenieure, zit. nach *Hill*, BB 1997, S. 425.

¹⁹ Vgl. etwa *Schink*, NVwZ 2002, S. 140: „Die Kommunen und ihre Unternehmen durchlaufen derzeit einen fundamentalen Veränderungsprozess.“; „... in ... den Aufgaben der Daseinsvorsorge einen tiefgreifenden Wandlungsprozess ...“; *Friedl*, GemHH 1996, S. 203: „Umbruchphase grundsätzlicher Neubestimmung“.

²⁰ Staatsaufgaben sind die Aufgaben, für deren Wahrnehmung sich der Staat entschieden hat (*Püttner*, Verwaltungslehre, S. 34) bzw. „die der Staat nach der jeweils geltenden Verfassungsordnung zulässigerweise für sich in Anspruch nimmt“ (*Ossenbühl*, VVDStRL 29, S. 153). Zur Staatsaufgaben-Diskussion etwa *Bull*, Die Staatsaufgaben nach dem Grundgesetz, 2. Aufl., 1977; *Burgi*, Funktionale Privatisierung, S. 48 ff. m.w.Nachw.; *Isensee*, Gemeinwohlaufgaben und Staatsaufgaben im Verfassungsstaat, HdbStR, Band III, § 57 Rdnr. 136.

²¹ *Busse*, DÖV 1996, S. 389 ff.; *Meyer-Teschendorf*, DÖV 1997, S. 268 ff.; *Hofmann/Meyer-Teschendorf*, DÖV 1998, S. 217 ff., zum Schlussbericht des Sachverständigenrates „Schlanker Staat“; *Schuppert* (Hrsg.), Jenseits von Privatisierung und „schlankem“ Staat. Verantwortungsteilung als Schlüsselbegriff eines sich verändernden Verhältnisses von öffentlichem und privatem Sektor, 1999. In diesem Zusammenhang sind auch die Schlagworte vom „Rückzug des Staates“ (vgl. *Wolff/Bachof/Stober*, Verwaltungsrecht, Band 1, § 1 Rdnr. 20 m.w.Nachw.; *Schuppert*, DÖV 1998, S. 835; *Stober*, Rückzug des Staates im Wirtschaftsverwaltungsrecht, 1997; *Thieme*, in: Burmeister, FS Stern, S. 365 f.), vom „überforderten Staat“ (*Ellwein/Hesse*, Der überforderte Staat, 1994) und vom „Downsizing“ (*Wolff/Bachof/Stober*, a.a.O., § 16 Rdnr. 4) zu nennen. In dieselbe Richtung weisen die Worte *Lothar Späths* von der Wende vom „Versorgungsstaat zur Bürgergesellschaft“ (Die Stunde der Politik: Vom Versorgungsstaat zur Bürgergesellschaft, 1999).

²² Zum NPM etwa *Budäus*, Organisationswandel öffentlicher Aufgabenwahrnehmung als Teil eines New Public Management, in: *Budäus*, Organisationswandel, S. 99–120; *Damkowski/Precht*, Public Management. Neue Steuerungskonzepte für den öffentlichen Sektor, 1995; dieselben, Moderne Verwaltung in Deutschland. Public Management und Praxis, 1998; *König*, Öffentliches Management und Governance als Verwaltungskonzepte, DÖV 2001, S. 617 ff.; *Mebde*, Neues Steuerungsmodell und Demokratieprinzip, 2000, S. 41–59; *Pitschas*, Struktur- und Funktionswandel der Aufsicht im Neuen Verwaltungsmanagement, DÖV 1998, S. 907 ff.; *Schedler/Proeller*, New Public Management, 2000, S. 67 ff.; *Schuppert*, Verwaltungswissenschaft, S. 999 f.; *Seidlmeier/Knauf*, New Public Management in der kommunalen Verwaltung, 1997; *Wolff/Bachof/Stober*, Verwaltungsrecht, Band 1, § 1 Rdnr. 20a m.w.Nachw.

²³ Allgemeine Literatur zum Neuen Steuerungsmodell s. Angaben zu Teil 3 E. VI. 6.

ökonomisierung,²⁴ Privatisierung,²⁵ Deregulierung,²⁶ Aufbrechen öffentlicher (einschließlich kommunaler) Monopole,²⁷ Europäisierung des Verwaltungsrechts²⁸ sowie Gebührenstaat²⁹. Aufgrund der Vielfalt der – z.T. gegenläufigen³⁰ – Entwicklungslinien wurde der derzeitige Zustand mit der Formel von der

²⁴ Göbel/Lauen, Die Modernisierung der modernen Verwaltung, Die Verwaltung 2002, S. 263 ff.

²⁵ Hierzu Teil 2 B. IV. Als Teilaspekt der Privatisierung, der jedoch über die Frage der Privatisierung hinaus eigenständige Bedeutung als Umbruchsfaktor hat, ist überdies die „zunehmende Annäherung und Überlappung des öffentlichen und privaten Sektors“ (Schuppert, Geändertes Staatsverständnis als Grundlage des Organisationswandels öffentlicher Aufgabenwahrnehmung, in: Budäus, Organisationswandel, S. 55; i.d.S. auch Budäus, in: Budäus, a.a.O., S. 15) zu nennen. Die Privatisierung kann als Teilphänomen zunehmender Entstaatlichung begriffen werden – allg. hierzu Thieme, in: Burmeister, FS für Stern, S. 365 ff.

²⁶ Die Deregulierung dient nicht nur dem „Abbau marktwidriger Regeln und Preisabsprachen“ (so aber Helm, Rechtspflicht zur Privatisierung, S. 33), sondern allgemein der Reduzierung der „Übernormierung“ durch eine Streichung überflüssiger bzw. entbehrlicher Regelungen und einer Ordnung, Straffung und Vereinfachung unübersichtlicher Normen bzw. Regelwerke. Die Deregulierung wird zwar allenthalben gefordert, und es wurden bereits einzelne Regelwerke ausgedünnt und vereinfacht (so z.B. einige Landesbauordnungen), jedoch ist trotz erkannter Grenzen der Normierbarkeit eine Tätigkeit, die zu einem nennenswerten Abbau von Übernormierungen führen würde, derzeit (noch) nicht nachweisbar. Zur Abgrenzung von Privatisierung und Deregulierung: Benz, Privatisierung und Deregulierung – Abbau von Staatsaufgaben?, Die Verwaltung 1995, S. 337 ff.; Berg, Deregulierung und Privatisierung, 2002; Burgi, Funktionale Privatisierung, S. 2 f.; ders., NVwZ 2001, S. 602, verwendet Deregulierung und Liberalisierung synonym; Peine, DÖV 1997, S. 355; Schmidt, Öffentliches Wirtschaftsrecht, S. 48 ff.

²⁷ Henneke, Öffentliches Finanzwesen, Rdnr. 466; Katz, DÖV 2000, S. 239: „Vom Monopol zum Markt“; Moraing, in: Püttner, Zur Reform des Gemeindefinanzrechts, S. 76: „Ende der Monopolzeit“; Stober, Rückzug des Staates im Wirtschaftsverwaltungsrecht, 1997; vgl. etwa auch Büdenbender, JZ 1999, S. 61 ff., zum Umbruch in der Energieversorgung. Die „natürlichen Monopole“ der Kommunalwirtschaft wurden so lange nicht in Frage gestellt, wie die Privatwirtschaft die jeweiligen Aufgaben einer leistungsgewährleistenden Daseinsvorsorge aus technischen oder rechtlichen Gründen nicht wahrnehmen konnte (Berg, WiVerw. 200, S. 143). Heute scheinen selbst solche Bereiche der Daseinsvorsorge einer vollen Privatisierung zugänglich, bei denen dies noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien (z.B. Abwasserbeseitigung), wobei verschiedenste Modelle der Umsetzung diskutiert werden.

²⁸ Schmidt-Aßmann, Das Verwaltungsrecht als Ordnungs- und Umformungsrecht, S. 2, 29: „Beeinflussung, Überlappung und Umformung der nationalstaatlichen Verwaltungsrechtsordnungen durch europäisches Rechtsdenken und Rechtshandeln“. Diese Europäisierung des Verwaltungsrechts vollzieht sich derzeit vornehmlich im Bereich des Umweltrechts. Vgl. etwa Barth/Demmke/Ludwig, Die Europäisierung des nationalen Verwaltungsrechts und Verwaltungsorganisationsrechts im Bereich des Umweltrechts, NuR 2001, S. 133 ff. Zum Wandel des Verwaltungsrechts allgemein Wolff/Bachof/Stober, Verwaltungsrecht, Band 1, § 12 Rdnr. 9

²⁹ Vgl. etwa Helbig, Vom Steuerstaat zum Gebührenstaat? Der Staat als all-inclusive Club oder à la carte Veranstaltung?, DVBl. 1999, S. 688 ff. (Bericht über eine Tagung des Zentrums für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld); Grossekketeler, Steuerstaat versus Gebührenstaat: Vor- und Nachteile, in: Sacksofsky/Wieland, Vom Steuerstaat zum Gebührenstaat, 2000; S. 24 ff.; ähnl. Zugmaier, DVBl. 1998, S. 1222: „gebührenfinanzierter Dienstleistungsstaat“.

³⁰ So etwa die Ausweitung der Geschäftsfelder der Kommunalwirtschaft und des politischen Einflusses auf Kommunalunternehmen einerseits und die Privatisierung, einschließlich Anlagenverkäufen, andererseits (vgl. etwa Ehlers, Jura 1999, S. 212; Schneider, DVBl. 2002, S. 1251). In gewisser Weise gegenläufig sind aber auch die Konzepte des schlanken Staates und das neue Leitbild von den Kommunen als moderne Dienstleistungsunternehmen (Hill, BB 1997, S. 426).

„neue(n) Unübersichtlichkeit“ beschrieben.³¹ Gemein ist den Veränderungen jedenfalls das Bemühen um eine Konsolidierung der kommunalen Haushalte³² und einen Einzug der Ökonomie (auch) in die kommunale Daseinsvorsorge.³³

Trotz tiefgreifender Änderungen und Umbrüche bewegt sich die kommunale Daseinsvorsorge noch immer – um mit den Worten *Forsthoffs*³⁴ zu sprechen – „zwischen den Fronten eines hoheitlichen Etatismus einerseits und eines marktwirtschaftlichen Erwerbsstrebens andererseits“ und den sich hieraus ergebenden Gefährdungen. Damit ist zugleich die allgemeine Frage nach der Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft bzw. von Staats- und Privatwirtschaft berührt, die sich als „hochaktueller Klassiker“³⁵ erweist.³⁶ So hat sich vor kurzem der 64. Deutsche Juristentag mit dem Thema beschäftigt: „Empfiehl es sich, das Recht der öffentlichen Unternehmen im Spannungsfeld

³¹ So *Kluth*, *WiVerw.* 2000, S. 184, unter Rückgriff auf den von *Habermas*, *Die neue Unübersichtlichkeit*, 1985, geprägten Begriff. Vor allem die angedeuteten Veränderungen in der Kommunalwirtschaft und die Suche nach einer neuen Standortbestimmung dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass das dritte Thema der Staatsrechtslehrtagung im Jahre 2000 lautete „Der Staat als Wirtschaftssubjekt und Auftraggeber“

³² *Kluth*, *WiVerw.* 2000, S. 185; vgl. auch Stellungnahme des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen in LT-Dr. 12/1184 vom 17.7.1996: „Die Gemeinden und Gemeindeverbände stehen – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – unter starkem Konsolidierungszwang. In dieser Situation sind sie gehalten, alle Möglichkeiten der Haushaltsentlastung auszuschöpfen. Dabei werden zum Teil auch neue Wege beschritten.“

³³ *Knemeyer*, *BayVBl.* 1999, S. 1: „aus allem klingt ein unternehmerischer Geist“; s. auch zu den Ursachen *Cronauge*, *GemHH* 1997, S. 265 f.; zur Ökonomisierung als allgemeine Tendenz und Schlüsselbegriff der Verwaltungsrechtsreform s. *Vofskuhle*, *VerwArch.* 93 (2001), S. 209 ff., der als Schlüsselbegriffe die Ziele Innovation, Effizienz, Kommunikation, Öffentlichkeit und Akzeptanz nennt und die Strategien Kooperationsalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Ökonomisierung und regulierte Selbstregulierung anführt. Sollten die Kommunen durch die Öffnung der kommunalen Daseinsvorsorge für private Wettbewerber immer stärker aus diesem Bereich hinausgedrängt werden, mag man in der Zukunft die jetzige Situation einmal als den Beginn des Bedeutungsverlusts der kommunalen Daseinsvorsorge (und damit auch der kommunalen Selbstverwaltung insgesamt) charakterisieren. Ob bzw. inwieweit sich die Kommunen allerdings auf dem „Markt“ der Daseinsvorsorge – evtl. auf alten wie neuen Geschäftsfeldern – behaupten, muss die Zukunft erweisen. Allg. zur Ökonomisierung der öffentlichen Angelegenheiten s. *König*, *DVBl.* 1997, S. 239 ff.

³⁴ *Forsthoff*, *Die Daseinsvorsorge und die Kommunen*, S. 10. Das Schlagwort von der Kommunalwirtschaft im Spannungsfeld von „Verwaltung und Wirtschaft“ drückt dies nur unvollkommen aus.

³⁵ *Berg*, *WiVerw.* 2000, S. 142 (s. auch S. 156); ähnl. *Brauser-Jung/Gerking*, *DVBl.* 1999, S. 1491; *Dickersbach*, *WiVerw.* 1983, S. 187: „Thema ..., das in zahlreichen Veröffentlichungen hin und her gewendet und von allen Seiten betrachtet worden ist“; *Ehlers*, *DVBl.* 1998, S. 497: klassische Problemstellung; *Stober*, *NJW* 2002, S. 2357, der meint, das Recht der öffentlichen Unternehmen zähle als „rechtspolitischer und juristischer Dauerbrenner zu den Herkulesaufgaben der Rechtsordnung“. Dass das Thema gerade jetzt wieder en vogue ist, dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass der Streit um die Breite des Staatskorridors ein für Zeiten wirtschaftlicher Krisen typischer Streit ist.

³⁶ S. allgemein zu den Veränderungsprozessen des Verhältnisses von privatem und öffentlichem Sektor z.B. *Schulze-Fielitz*, *Die kommunale Selbstverwaltung zwischen Diversifizierung und Einheit der Verwaltung*, in: *Henneke*, *Organisation kommunaler Aufgabenerfüllung*, S. 223; *Schuppert*, *Staatsaufsicht im Wandel*, *DÖV* 1998, S. 831 ff.

von öffentlichem Auftrag und Wettbewerb national und gemeinschaftsrechtlich neu zu regeln?“³⁷. Es geht indes um mehr, und zwar um das Zusammenspiel von öffentlichem und privatem Recht, von Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie von Rechtswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre.³⁸

Während die Unzulässigkeit *reiner* Gewinnerzielung durch kommunale Unternehmen heute unbestritten ist, sind die Fallgruppen zulässiger Formen der Gewinnmitnahme und der Umfang zulässiger Gewinnmitnahme wenig geklärt. Die Gewinnerzielung ist im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge durch ein hochkomplexes Normengeflecht verschiedener Rechtsetzungsebenen unmittelbar wie auch mittelbar gesteuert und wirft vielfältige, oftmals ungeklärte rechtliche Fragestellungen in den unterschiedlichsten Rechtsgebieten auf.³⁹ Die rechtlichen Grenzen kommunaler Gewinnerzielung werden meist nur dort diskutiert, wo kommunales Wirtschaften mit den wirtschaftlichen Interessen konkurrierender Privatunternehmen kollidiert. Es erscheint jedoch lohnend, gerade in Zeiten des Umbruchs und der Neubestimmung der Kommunalwirtschaft den europa-, verfassungs- und einfachgesetzlichen Rahmen der Gewinnerzielung umfassend zu beleuchten. Hier gilt es, mit größerer Trennschärfe als bisher die Fallgruppen unzulässiger Gewinnerzielung und die Schwelle von der zulässigen zur unzulässigen Gewinnerzielung in justiziabler Deutlichkeit herauszuarbeiten. Dabei sollen keinesfalls nur die Formen „offener“, sondern gerade auch die vielfältigen Formen „verdeckter“ Gewinnerzielung beleuchtet werden. Insoweit sei beispielsweise auf die Problemfelder kalkulatorische Kosten und Veräußerungsgewinne hingewiesen.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Teile. Der erste Teil dient vor allem der Klärung der zentralen Begriffe. Daneben skizziert ein geschichtlicher Rückblick die Entwicklung der Gewinnerzielung im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge. Der zweite Teil beleuchtet als darstellender Grundlagenteil die allgemeine Zulässigkeit des Angebots entgeltpflichtiger Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge, insbesondere kompetenz-, organisations- und wettbewerbsrechtliche Fragen, da die Zulässigkeit des öffentlichen Leistungsangebots zentrale Vorfrage der Gewinnerzielung ist. Der Zulässigkeitsrahmen kommunaler Leistungsangebote steckt zugleich die möglichen Felder der Gewinnerzielung ab.

³⁷ S. die Begleitaufsätze hierzu von *Kämmerer*, NVwZ 2002, S. 1041 ff.; *Mann*, JZ 2002, S. 819 ff.; *Stober*, NJW 2002, S. 2357 ff., und das Gutachten *Ehlers*, Gutachten E zum 64. Deutschen Juristentag, 2002.

³⁸ Angesichts dieser Vielschichtigkeit und Komplexität dürfte sich das Thema daher letztlich einer abschließenden vollständigen Behandlung entziehen (*Dickersbach*, WiVerw. 1983, S. 188).

³⁹ *Brohm*, NJW 1994, S. 281, meinte im Jahre 1994 bezüglich der Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand „über die dafür geltenden Regeln und Rechtsgrundsätze besteht weithin keine Klarheit“. Mag auch die Rechtsprechung des EuGH und der deutschen Gerichte einiges zur Klärung beigetragen haben, so wird noch zu zeigen sein, dass *Brohms* Aussage nach wie vor Geltung beansprucht.

Den Kern der Arbeit bildet der dritte Teil. Er behandelt alle geschriebenen und ungeschriebenen Rechtssätze mit unmittelbarer Bedeutung für die kommunale Gewinnerzielung durch Vorzugslasten. Da für die Erhebung von Vorzugslasten weithin das kommunalabgabenrechtliche Kostenüberschreitungsverbot gilt, richtet sich das Erkenntnisinteresse insoweit vor allem auf die verfassungsrechtlichen Grenzen der Gewinnerzielung mit Vorzugslasten und auf die Formen verdeckter Gewinnerzielung. Ausgangs- und Leitgedanke ist insoweit der Befund der Steuerähnlichkeit der gewinnerzielenden Vorzugslast. Den Schwerpunkt der Bearbeitung bilden die Behandlung der Belastungsgleichheit einschließlich der Entwicklung eines neuen Gebührenrechtfertigungsansatzes, die Herleitung eines Verbots gewinnerzielender Vorzugslasten aus der Schutz- und Begrenzungsfunktion der Finanzverfassung, eine Bewertung der kommunalabgabenrechtlichen Grenzen der Gewinnerzielung einschließlich der Entwicklung eines ungeschriebenen Verrechnungsgrundsatzes für betriebsbezogene Einnahmen sowie eine Untersuchung des Ertragsprinzips, die sich gegen bisherige Fehldeutungen wendet und die Notwendigkeit einer verfassungskonformen Auslegung aufzeigt.

Der vierte Teil ist dem privatrechtlichen Entgelt gewidmet. Bedeutung erlangt hier der Befund, dass auch privatrechtliche Entgelte einen abgabenähnlichen Charakter besitzen können. Den Schwerpunkt bildet die Frage, ob bzw. inwieweit öffentlich-rechtliche Schranken der Gewinnerzielung auf privatrechtliches Tätigwerden der Kommunen übertragbar sind. Dabei wird vor allem der Theorie der Geltung (vermeintlich) allgemeiner Grundsätze des öffentlichen Finanzgebarens im Verwaltungsprivatrecht entgegengetreten.

Die Arbeit schließt nach Ausführungen zu Kontrolle und Akzeptanz der Gewinnerzielung (Teil 5) mit einer Darstellung bekannter und neuer Vorschläge zur Reform des Rechts der Gewinnerzielung (Teil 6) ab. Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit werden thesenhaft zusammengefasst.

Teil 1

Kommunale Daseinsvorsorge und Gewinnerzielung

A. Begriffsklärungen

Die Zentralbegriffe dieser Arbeit lauten „Kommune“, „Daseinsvorsorge“ und „Gewinnerzielung“. Ihnen ist gemein, dass ihr Inhalt nur hinsichtlich eines Begriffskerns als anerkannt gelten kann. Im Übrigen werden sie jedoch mit unterschiedlichen Bedeutungen verbunden. Es bedarf daher zunächst einer Klärung ihres Inhalts. Dabei stellt sich vor allem die Aufgabe, aus der Vielzahl unterschiedlicher (meist fachgebietspezifischer) Gewinnbegriffe diejenigen auszuwählen, der im Hinblick auf das spezifische Erkenntnisinteresse dieser Arbeit am besten geeignet erscheint.

I. Kommune

Der Begriff der Kommune (von lat. *commune*, *communis*)¹ wird uneinheitlich verwandt und selten definiert. Nach der engsten Sichtweise sind unter Kommunen ausschließlich Gemeinden und Landkreise zu verstehen.² Hingegen fallen nach dem herrschenden (weiten) Verständnis unter den Begriff Kommunen alle Kommunal Körperschaften, d.h. neben den Gemeinden und Landkreisen die Kommunalverbände, Sonderverbände sowie die kommunalen Zweckverbände.³ Diese Sichtweise wird auch hier zugrunde gelegt.⁴

¹ Neben der Wortbedeutung „Gemeingut“ gelegentlich auch Gemeinwesen, Kommune; das Wort „*communis*“ stammt wohl von „*moenia*“ und dürfte im ursprünglichen Sinne „gemeinsame Mauern habend“ bedeuten (vgl. *Stowasser*, Lateinisch-Deutsches Schulwörterbuch, 1900).

² Vgl. die Legaldefinition der Kommune in Art. 87 Abs. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sowie *Gern*, Deutsches Kommunalrecht, Rdnr. 48. Außerhalb der Rechtssprache wird unter Kommune z.T. nur die „politische Gemeinde“ verstanden (vgl. *Duden*, Fremdwörterbuch).

³ *Schmidt-Aßmann*, in: ders. (Hrsg.), *Besonders Verwaltungsrecht*, 1. Abschn. Kommunalrecht, Rdnr. 1; ebs. etwa *Wiegand/Grimberg*, *Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt*, § 1 Rdnr. 1, die auch Kommunal-, Zweck- und Sonderverbände zu den Kommunen rechnen; so offenbar auch: *von Mutius*, *Kommunalrecht*, Rdnr. 1. Uneinigkeit besteht im Übrigen auch hinsichtlich des Begriffs des Gemeindeverbandes i.S.v. Art. 28 Abs. 2 GG (eingehend hierzu *Bovenschulte*, *Gemeindeverbände als Organisationsformen kommunaler Selbstverwaltung*, 2000; Nachw. des Streitstands auch bei *BbgVerfGH*, *Beschl. v. 21.1.1998 LVerfGE 8, S. 71, 75*). Z.T. werden hierunter ausschließlich die Landkreise verstanden (*Nierhaus*, in: *Sachs*, *Grundgesetz*, Art. 28 Rdnr. 62; *Wolff/Bachof/Stober*, *Verwaltungsrecht II* (5. Aufl.), § 86 Rdnr. 32, unterscheidet Gemeindeverbände i.e.S. und i.w.S., wozu jedoch die Zweckverbände nicht zu rechnen seien, da sie im Unterschied zu Gemeindeverbänden kein Gemeinwesen seien). *Pieroth* (in: *Jarass/Pieroth*, *Grundgesetz*, Art. 28 Rdnr. 15) rechnet hierzu alle „Gebietskörperschaften zwischen Ge-

Begriffs- und Personenregister

Begriffe

Abfallentsorgung 49 f., 134, 235 f.

Abgaben

– Kosten 597 ff.

– steuerähnliche 402 ff.

– Transparenz 799 ff., 806

– Vorzugslasten 254 ff.

– zollgleiche 171

Abgabenakzeptanz s. Akzeptanz

Abgabenerhebung

– Berechtigte 275 ff.

– Bestimmtheit 286 f.

– Gesetzgebungskompetenz 269 ff.

– Gesetzmäßigkeit 283 ff.

– Rechtsklarheit 289

– Rechtmäßigkeit 283 ff.

– Satzungszwang 285 f.

– Vorbehalt des Gesetzes 283 ff.

Abgabenerhebungsberechtigte 275 ff.

Abgabenerhebungspflicht 507 f.

Abgabenerhebungsrecht 275 ff.

Abgabenerlass 582, 592

Abgabenordnung 254, 605

Abgabensatzung 285

Abgabenverfassungsrecht 351 ff.

– verfassungsrechtliches Ertragsprinzip
351 f.

Abgabenverträge 665

Abschreibung 575 ff.

– Anschaffungswert, inflationierter 584

– Anschaffungswertmethode 578 ff.

– beitragsfinanziertes Anlagevermögen
590 ff.

– Betriebsformänderung 596 f.

– degressive 589 f.

– Ersatzbeschaffungsziel 576 f.

– fristenkongruente 596

– Korrektur 584, 587 f.

– lineare 589 f.

– Nachholung 587

– Nominalwertmethode 578 ff.

– progressive 589 f.

– Rechtfertigung 575 ff.

– unter Null 587 f.

– Verzinsung der Erlöse 595 f.

– Werteverzehr s. dort

– wertmäßiger Kostenbegriff 575

– Wiederbeschaffungszeitwert 577 ff.

– Ziele 575 ff.

– Zusammenfassung 597

– Zuschüsse 590 ff.

– Zweckbindung 593 f.

Abschreibung unter Null 587 f.

Abschreibungsdauer 585 ff.

– zu kurz 585 f.

– zu lang 586 ff.

Abschreibungserlöse

– Rücklage 594

– Verzinsung 595 ff.

Abschreibungsfähigkeit

– bezuschusstes Anlagenvermögen
590 ff.

– beitragsfinanzierte Anlagen 590 ff.

– Rechtfertigung s. dort

Abschreibungswagniskosten 586, 601

Absetzung für Abnutzung 585 (Fn)

Abwasserbeseitigung 51 f.; 236 f.

Abzugskapital 561, 563 ff.

– Verzinsung 563 ff.

– Zuwendungen Dritter 590 ff.

Abzugsmethode 565

AEBAbwasserV 135, 662

AfA-Tabellen 585 (Fn)

AGBG 719 ff.

Aktiengesellschaft 208

Akzeptanz

– Gewinnerzielung 782 ff.

– Steuer und Vorzugslast 783 f.

– Transparenzvorteil 784

– Vorzugslast und Entgelt 785 f.

allgemeine Deckungsmittel s. D., allge-
meine

Allgemeine Entsorgungsbedingungen
662

- Allgemeine Geschäftsbedingungen 719 ff.
- Allgemeine Grundsätze des Finanzgebarens s. Grundsätze öffentlichen Finanzgebarens
- Allgemeine Versorgungsbedingungen 745 ff.
- AVBEltV 134, 662
 - AVBFernwärmeV 662
 - AVBGasV 134, 662, 746
 - AVBWasserV 662 f., 745 f.
- Allgemeiner Daseinsvorsorgeauftrag 37 ff.
- Allgemeinkosten 534
- Allgemeinwohl 22, 41, 60 f.
- Allokation, optimale 41
- Almelo-Urteil 154 (Fn)
- Altunternehmen (Bestandsschutz) 417
- Amortisationsschutz 243 (Fn)
- Analogievoraussetzungen 726
- Anderweitige Deckung s. Deckung, a.
- Anfechtung 717 f.
- Angemessenheit
- Äquivalenzprinzip 357 ff.
 - Eigenkapitalverzinsung 566 ff.
 - Ertragsprinzip 461 ff.
 - Faktoren angemessenen Gewinns 469 ff.
 - Fremdkapitalzinssatz 557
 - Gewinnerzielung 461 ff.
 - Justiziabilität 471 ff.
 - maßgebliche Perspektive 375
 - Schrankentrias 216 ff.; 220
- Angemessenheitsklausel 220
- Anlagenveräußerung s. Veräußerung der A.
- Anlagevermögen
- betriebsnotwendiges 561 ff.
 - Einrichtung s. dort
 - Zuschussfinanzierung 590 ff.
- Annexfähigkeit s. Randnutzung
- Ansatzfähigkeit
- Fremdleistungskosten 548 f.
 - Kosten s. dort
 - Quersubventionen 549
 - unwirtschaftlicher Kosten 528 f.
- Anschaffungswertmethode 578 ff.
- Anschluss- und Benutzungszwang
- abgabengleiche Wirkung 669 f.
 - Befreiung 244 f.
 - Beurteilungsspielraum 242 f.
 - Biotonne 247
 - Drittschutz 248
 - Ertragsprinzip 486 ff.
 - Inhalt 242 ff.
 - öffentliches Bedürfnis 242 f.
 - Verfassungsmäßigkeit 102 f., 104 ff.
 - verfassungsrechtl. Rechtfertigung 104 ff.
 - Voraussetzungen 242 ff.
 - Zumutbarkeit 153 ff., 245
- Anstalt
- Abgabenerhebungsrecht 280
 - i.S. Otto Mayers 202
 - als Kommunalunternehmen 202 f.
 - nicht-rechtsfähige 202
 - rechtsfähige 280
- Anwendbarkeit von Verwaltungsrecht 748 ff.
- Äquivalenzprinzip
- Allgemeines 357 ff.; 443 ff.
 - Anwendbarkeit auf Beiträge 371 f.
 - Anwendbarkeit auf Entgelte 755 ff.
 - einfachgesetzliches 442 ff.
 - Ertragsprinzip
 - Gewinnhöhe 343 ff.
 - historische Wurzeln 357 f.
 - Inhalt 358 ff.; 443 ff.
 - Kostenprovokation 363 f.
 - Leistungsbegriff 444 f.
 - Leistungsnähe 445
 - Missverhältnis 358 ff.
 - Nebenzwecke
 - Objektives Leistungsinteresse 363 f.
 - Primärzweck der Gebühr 363 ff.
 - Quersubventionierung 452
 - Rechtsgrundlage 443 ff.
 - Verfassung und einfaches Recht 370
 - Verfassungsrang 360 ff.
 - verfassungsrechtliches 357 ff.
 - Vorteilsabschöpfung 364 f.
 - Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe 450 ff.
 - Wert der Leistung 446 ff.
 - Wirksamkeit 372 f.
 - Wirkschwäche 357 ff.; 372 ff.
- Argumentationsansätze, überholte 765
- Armenbäckerei 13 f.
- Assekuranztheorien 357
- Aufgabenkritik 4, 112
- Aufgabenverantwortung 39 ff.
- Aufgabenverteilungsprinzip 79
- Aufschiebende Wirkung (Wegfall) 492
- Auftragsvergabe 180 ff., 537 f.

- Aufwand
- beitragsfähiger 649 ff.
 - Einheitssätze 649 f.
 - pfenniggenaue Ermittlung 649
 - Aufwandsdeckungsprinzip 357
 - Aufwandsschätzung 651
 - Aufwandsteuer 273 f.
 - Aufwandsüberdeckungsverbot s.
 - Aufwandsüberschreitungsverbot 441 ff.
 - Aufwendungserstattungsanspruch 303
 - Ausfallrisiko 586
 - Ausgabenbegriff 19
 - Ausschreibungspflicht
 - Europarecht 157 f.
 - Folgen der Unterlassung 537 ff.
 - Haushaltsrecht 537 ff.
 - in-house-Geschäft 538 ff.
 - Vergaberecht 538
 - Verletzungsfolgen 537 ff.
 - AVB s. Allgemeine Versorgungsbedingungen
 - AVBWasserV s. Allgemeine Versorgungsbedingungen
- Bagatellgrenze (Gebührenkalkulation) 431 ff.
- Barwertvorteil 637
- Baukostenzuschüsse 663, 736
- Bedürfnis, dringendes 242 f.
- Befreiung
 - Anschluss- und Benutzungszwang 244 f.
- Begrenzung der Gewinnerzielung
 - Äquivalenzprinzip s. dort
 - Gemeinwohlprinzip s. dort
 - Kostenorientierung s. dort
 - Wesen der Vorzugslast 386
- Beihilfenkontrolle 167 f.
- Beihilfeverbot 164 ff.
 - Gebot der Gewinnerzielung 170
 - Unternehmenseigenschaft 165 f.
 - Zuwendung öffentl. Mittel 166 ff.
- Beitrag
 - Abgrenzung von Sonderformen 267
 - Äquivalenzprinzip s. dort
 - Aufwandsdeckungsprinzip 357
 - Aufwandsüberschreitungsverbot 441 ff.
 - Begriff 264 f.
 - Beitragsfähigkeit s. dort
 - Beitragskalkulation s. dort
 - Erschließungsbeiträge 266
 - Vorteilsgerechtigkeit 655 f.
 - wiederkehrender 261, 267 f.
 - Beitragsrheberhebungspflicht 507
 - Beitragsfähigkeit
 - Gemeindebetreff 653 f.
 - Grundstücke 652
 - Unterhaltungsmaßnahmen 652 f.
 - Beitragsgerechtigkeit 291 ff., 655 f.
 - Beitragskalkulation 648 ff.
 - Aufwandsberechnung 649 ff.
 - Aufwandsschätzung 651 f.
 - Eigenanteil 653 f.
 - Einnahmen 656 ff.
 - Einheitssätze 649 f.
 - Grundstücke 652
 - Nachveranlagungen 657 f.
 - Unterhaltungsmaßnahmen 652 f.
 - Vorteilsgerechtigkeit 655 f.
 - Zuschüsse Dritter 656 f.
 - Beitragsrechtfertigung 318 ff.
 - Nebenzwecke 319 f.
 - Beitragstransparenz 604 ff.
 - Belastungsgleichheit 291 ff.
 - Ertragsprinzip 489
 - Belastungsspitze 545
 - Belastungstransparenz 408
 - Beleihung 280 ff.
 - Beliehener 280 ff.
 - Abgabenerhebungsrecht 280 ff.
 - Benchmarking 152, 447
 - Bereichsausnahmen 165
 - Berliner Wasserbetriebe
 - Berufsfreiheit
 - Abgabepflichter 382 f.
 - Privater 102 ff.
 - staatliche Konkurrenz 102 ff.
 - Bestandsschutz für Altunternehmen 417
 - Bestattungsunternehmen 190
 - Bestimmtheitsgrundsatz 286 ff.
 - Angemessenheitsbegriff 473 f.
 - Beteiligungsgewinne 634 ff.
 - Beträuungsakt 151
 - Betreibermodell
 - abfallrechtliches 213
 - Niedersächsisches 211 f.
 - Betrieb 203 f.
 - Hoheitsbetrieb 199 f.
 - Betriebsformenwechsel 574 f.
 - Betriebsführungsmodell 214
 - Betriebsnotwendiges Vermögen 561 ff.
 - Betriebsüberlassungsmodell 577

- betriebswirtschaftliche Grundsätze
 524 ff.
 Beurteilungsspielraum
 – Gemeinwohl 480
 – öffentliches Bedürfnis 242
 – öffentlicher Zweck 218 f.
 – Subsidiaritätsklausel 222 f.
 Beurteilungszeitpunkt, maßgeblicher
 422 f.
 Bilanzgewinn 20, 478
 Billigkeit der Leistungsbestimmung
 – Äquivalenzprinzip 726 f.
 – Inhalt der Billigkeitskontrolle 730 f.
 – Konkretisierung s. Billigkeits-
 konkretisierung.
 – Preisgünstigkeit des Stroms 732
 Billigkeitskonkretisierung
 – Äquivalenzprinzip 739
 – Gewinnorientierungsverbot 740 f.
 – Grundrechte 738 f.
 – Kostenüberschreitungsverbot 740
 – Öffentliches Recht 731
 Biotonne (Benutzungszwang) 247
 Blockeisfälle 14
 BOT-Modell 212
 Bruttoregiebetrieb 203
 Bruttosubstanzmethode 576
 BTOElt 733
 Budgetierung 514
 Budgetrecht 409
 Building-Operate-Transfer-Model 212
 Bundeshaushaltsordnung 505
 Bundestarifordnung 134
 Bürgermeisterkanal 530
- CGE 118
 Charta der Grundrechte 141
 Controlling 773 f.
 Cross-Border-Leasing 615, 636 ff.
- Daseinsvorsorge
 – Begriff 11, 37
 – Europarecht 139 ff., 150 ff.
 – Geschichte 27 ff.
 – Kernbereichsschutz 73 ff.
 – kommunale 13
 – Pflicht 37 ff.
 – Selbstverwaltungsgarantie 73 ff.
 – Wandelbarkeit 13
 Daseinsvorsorgeauftrag 37 ff.
 Daseinsvorsorgepflicht 37 ff.
 DDR-Kommunalverfassung 278
- Deckung, anderweitige 553 f., 620, 639 f.
 Deckungsmittel, allgemeine 18 ff., 455
 Definitionshoheit der Mitgliedstaaten
 151
 Defizite s. Unterdeckung
 Degression 589 f.
 Demokratiegebot 67 ff.
 Deponiekosten, künftige 599 f.
 Deregulierung 5
 Deutsche Gemeindeordnung s. DGO
 DGO 32, 59, 197 (Fn)
 Dienstleistungen von allg. Interesse
 149 ff.
 Diskriminierungsverbot 179 f.
 Doppelbegünstigung 378
 Doppelbelastungsverbot
 – Abgabenrechtfertigung 620
 – Abschreibung 590, 592
 Doppik 206
 – Neues Steuerungsmodell 514
 Dreifachgebühr 359
 Drei-Prozent-Grenze
 – Kostenüberschreitungsverbot 432 ff.
 Dringendes öffentliches Bedürfnis 242
 Drittschutz
 – Anschluss- und Benutzungszwang 248
 – Schrankentrias 216 ff.
 Drittwirkung
 – Gebührenrecht 752
 – Grundrechte 707
 Durchschnittswertmethode 561
- Effizienz 474 ff.; 570 ff.
 Effizienzsteigerungsklausel 570 ff.
 Ehe und Familie 378
 Eigenanteil, gemeindlicher 533 f., 653 f.
 Eigenbetrieb 205
 Eigenbetriebsgesetz 517 f.
 Eigenbetriebsverordnung 205
 Eigenbetriebsvorrang 229 f.
 Eigengesellschaft 207 ff.
 – Verfassungsbindung 675 f.
 Eigenkapital
 – Eigenkapitalzinsen s. dort
 – Kostenbegriff 483
 Eigenkapitalverzinsung s.
 Eigenkapitalzinsen 483, 558 ff.
 – Abzugskapital 563 ff.
 – Abzugsmethode 565
 – Angemessenheit 566 ff.
 – Betriebsformenwechsel 574 f.
 – betriebsnotwendiges Vermögen 561 ff.

- Effizienzsteigerungsklausel 570 ff.
- Eigenbetrieb 517 f.
- einheitlicher Zinssatz 573 f.
- grundsätzliche Ansatzfähigkeit 558 f.
- Prozentmethode 564 f.
- Prozentzuschlagsklausel 568 f.
- Wertsansatz 559
- Zinsabschlagsmethode 565
- Zusammenfassung 575
- Eigentumsfreiheit s. Eigentumsgarantie
- Eigentumsgarantie 107 f.
 - Erdrosselungsverbot 379 f.
 - Halbteilungsgrundsatz 381
- Eigenverantwortung, finanzielle 87 ff.
- Einfluss s. Ingerenzgebot
- Eingriff
 - faktischer 96
 - finaler 96
 - Intensität 96 f.
 - mittelbarer 95
- Eingriffsbegriff
 - enger 94
 - moderner 95 ff.
 - weiter 95 ff.
- Eingriffsvorbehalt 100, 130, 383 f., 458
- Einheit der Rechtsordnung 198, 688, 753
- Einheitssätze 649 f.
- Einnahmen
 - Beitragskalkulation 656 ff.
 - Gebührenkalkulation 609 ff.
 - Einrichtungsbezogenheit 610 f.
 - kostenneutrale 610
 - Überschüsse s. dort
 - Verrechnungsgrundsatz 609 ff.
 - Zweckbindung 609 ff.
- Einnahmenbeschaffungsgrundsätze 505 ff.
 - Gewinnerzielungspflicht 509
 - Steuerstaatsprinzip 507 ff.
- Einnahmenverrechnungsgrundsatz 621 ff.
- Einnahmenverteilungssystem 412
- Einrichtungen, öffentliche
 - Anschluss- und Benutzungszwang 241 ff.
 - Anspruch auf Benutzung 240 ff.
 - Erforderlichkeit 239
 - Errichtungspflicht 239
 - Kosten 530 ff.
- Einschätzungsprärogative s. Einschätzungsspielraum
- Einschätzungsspielraum
 - Erfolg i.S.d. ökon. Prinzips 480
 - Gemeinwohlbestimmung 480
 - Gesetzgeber 480
 - Kosten 535 f.
 - öffentliches Bedürfnis 242
 - öffentlicher Zweck 218 f.
 - Subsidiaritätsklausel 222 f.
 - Unmöglichkeit der Erfüllung 154, 158
- Einseitige Leistungsbestimmung s. L., eins.
- Einseitigkeit der Gebührenerhebung 764
- Einzelermächtigung, begrenzte 173
- Elektrizitätsversorgung s. Stromversorgung
- Elektroinstallation 188
- EMRK 172
- Energiewirtschaftsrecht 234, 660
- Entgelt
 - abgabengleiche Wirkung 669 ff.
 - Anwendbarkeit Verwaltungsrecht 748 ff.
 - Äquivalenzprinzip 755 ff.
 - Begriff 505, 668
 - Berufsfreiheit 697 f.
 - Eigentumsfreiheit 698
 - „Erhebung“ 668
 - Ertragsprinzip 749 ff.
 - Gesetzgebungsvorschläge 809 ff.
 - Grundsätze öffentl. Finanzgebarens 751 ff.
 - Haushaltsrecht 768
 - Kommunalabgabenrecht 750 ff.
 - Kostendeckungsprinzip 758 ff.
 - privatrechtliches 668 f.
 - Selbstverwaltungsrecht 699
 - Steuerähnlichkeit 671, 749
 - Verfassungsbindung 672 ff.
- Entgeltlichkeit
 - Gebührenmerkmal 257, 668
 - spezielle 384
- Entgeltlichkeitsprinzip 506
- Enthoheitlichung der Verwaltung 669
- Entmonopolisierung 5, 174, 176
- Entschuldung 1 f., 413, 425 ff.
- Entschuldungspflicht 425 ff.
- Erdrosselungsverbot 379 ff.
- Erfolg (Maximalprinzip) 479
- Erfolgs- und Vermögensplan 206
- Erforderlichkeitsgrundsatz 373 ff.
 - Anwendungsbereich 373 f.
 - einrichtungsbezogene 535 ff.
 - Fremdleistungen 536 f.
 - Fremdunternehmen 375 f.; 536 f.
 - Informationskosten 545

- Kontrolltiefe 535 f.
- Kosten 535 ff.
- Leerkosten 545
- maßgebliche Perspektive 375
- Planungskosten 544 f.
- Rechtsgrundlage 535
- Sonderstellung öffentl. Unternehmen 153 ff.
- Überdimensionierung 545
- Überkapazität 545
- Verfassungsgrundsatz 535
- Erfüllungsgehilfe 112
- Erfüllungsverantwortung 39 f.
- Ergebnisrechtsprechung 430
- Erhebung
 - Abgabenerhebungsrecht s. dort
 - privatrechtlicher Entgelte 668
- Erhebungspflicht s. Beitragserhebungspflicht
- Erllass 582, 592
- Ermessen 237
- Ermessensermächtigung
 - ungeschriebene 237 f.
- Erneuerbare-Energien-Gesetz 733
- Erneuerungsrücklage 594 f.
- Eröffnungsbilanz 552, 596
- Ersatzvornahme 471
- Erschließungsbegriff 654 f.
- Erschließungsbeitrag 266
- Erstattungsanspruch, ö.-r. 303, 582 f., 646
- Ertragsbegriff
 - betriebswirtschaftlicher 454 f.
 - kommunalrechtlicher 454 f.
- Ertragsgebühr 407
- s.a. Vorzugslast, Gewinnerzielung
- Ertragsprinzip 453 ff.
 - Angemessenheit der Gewinns 461 ff.
 - Anschluss- und Benutzungszwang 486 ff.
 - Anwendungsbereich 457 f.
 - Äquivalenzprinzip 488 f.
 - Bedeutung der Zweckbindung 459 f.
 - Bedeutung für Kalkulation 457
 - Belastungsleichheit 489
 - Bestimmtheit 489
 - Ertragsbegriff 454 f.
 - Finanzverfassung 490
 - Geltung für Hoheitsbetriebe 458 f.
 - Gewinnhöhe 459 ff.
 - Gewinnmaximierung
 - Kostendeckungsprinzip 435 ff.; 518
 - Parlamentsvorbehalt 490
 - Rechtsgrundlagen 453 ff.
 - Sollfassung 455 f.
 - Umkehrschluss 647
 - verfassungskonforme Auslegung 495 ff.
 - Verfassungsmäßigkeit 488 ff.
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 488 ff.
 - verfassungsrechtliches 351 f.
 - Wirtschaftlichkeitsprinzip 474 ff.
 - Zweckbindung des Ertrags
- Erwerbswirtschaft, reine 7, 15, 61, 413 f.
- Europäisierung 5
- Europarecht 139 ff.
 - Anschluss- und Benutzungszwang 158 ff.
 - Beihilfeverbot 164 ff.
 - Dienstleistungen von allg. Interesse 149 ff.
 - Entmonopolisierung 173 f.
 - Gebührenkalkulation 174 f.
 - Grundfreiheiten 172
 - Grundrechte 172
 - Primärrecht 141 f.
 - Sekundärrecht 173 ff.
 - Sonderstellung öffentl. Unternehmen 142 ff.
 - Verbot widersprechender Maßnahme 147 ff.
 - Wettbewerbsrecht, europäisches s. dort
- Europarechtskonformität
 - Anschluss- und Benutzungszwang 158 ff.
- Ex-ante-Perspektive 468, 544, 585, 629
 - obj. Leistungsinteresse 306
- Existenzminimum 68, 376 ff.
- Existenzsicherung 68, 376 ff.
- Expansion der Staatswirtschaft 3
- Experimentierklausel 514 f.
- FAG-Entscheidungen (BVerfG) 408
- Faktorenlehre 467 (Fn).
- Fehlerfolgen
 - Kostenüberschreitungsverbot 430 ff.
- Fehlersuche, ungefragte 527
- Fernwärmeversorgung 49, 235
- Finanzausstattungsanspruch 88
- Finanzautonomie 87 ff.
- Finanzgebaren s. Grundsätze öffentlichen F.
- Finanzhoheit 87 ff.
- Finanzkrise s. Verschuldung
- Finanzlage, kommunale 1 f.

- Finanzmonopol 150 f.
- Finanzverfassung 387 ff.
 - Distributionsfunktion 405 ff.
 - Kompetenzverteilungssystem 408
 - Ordnungsfunktion 406
 - Schutz- und Begrenzungsfunktion 388 ff.
- Finanzverfassungsrecht 387 ff.
 - Ertragsprinzip 490
 - privatrechtliche Entgelte 704 f.
 - Schutz des Bürgers 403 ff.
 - Schutz des Verteilungssystems 405 ff.
 - Schutz- und Begrenzungsfunktion 388 ff.
 - Verteilungssystem 405 ff.
- Flucht ins Privatrecht 680
- Flugsicherheitsgebühr
- Formen-Wahlfreiheit 123 ff., 127
- Formenklarheit 273
- Formenmissbrauch 127
- Fortwirkung gebührenrechtl. Verstrickung 767 f.
- Freie Spitze 88, 792
- Freiheitsgrundrechte 91 ff.
- Freiwilligkeit
 - Gebühreinzahlung 764
 - Gewinnanteile 333 f.
- Fremdfinanzierung 553 ff.
- Fremdfinanzierungsquote 554
- Fremdkapitalkosten 553 ff.
- Fremdkapitalzinsen 553 ff.
 - Angemessenheit 557 f.
 - Beitragsrecht 553 f.
 - Gebührenrecht 557 f.
- Fremdleistungen 547 ff.
 - Beteiligungsunternehmen 550
 - Eigenesellschaften 550
 - Erforderlichkeit 536 f.
 - Fremdleistungsentgelte
 - Gewinnanteile privater 550 f.
 - Kosten 547 ff.
 - Wirtschaftlichkeitsberechnung 536 f.
- Fremdunternehmen 547 ff.
- Fremdwasserproblem 533 f.
- Friedhofsgärtnerei, kommunale 187 f.
- Funktionsgrenzen Rechtsprechung 219, 585
- Funktionssperre 221 (Fn)
- Gartenbaubetrieb, kommunaler 187 f.
- Gasversorgung 48, 134, 235
- GATS 139
- GATT 139
- Gebäudemanagement 187
- Gebühr
 - Begriff 256 ff.
 - Gegenleistungscharakter 261 ff.
 - prohibitive 360
- Gebühren-Obergrenze 465 ff.; 471; 494
- Gebührenausschluss 601
- Gebührenausschlusswagnis 601
- Gebührenbedarfsberechnung 423, 609 f.
 - Betriebsbezogenheit 611
 - Nachholbarkeit 423
 - Systematisierung 610 ff.
 - Verrechnungspflicht 611 ff.
- Gebührenbegriff 256 ff.
 - formeller 257 f., 263
 - materieller 258 f., 263
 - verfassungsrechtlicher 263
- Gebührengerechtigkeit 292 f.
 - Durchbrechungen 293
- Gebührengleichheit 292 f.
- Gebührenhaushalt
 - Abschreibungserlöse 593 f.
 - Begriff 617
 - Beitragsleistungen 623
 - Gebühreinnahmen 623
 - Nichtgebühreinnahmen 611 ff.
 - Zinsgewinne 624 f.
- Gebührenkalkulation
 - betriebswirtschaftliche Grundsätze 524 ff.
 - Einnahmenverrechnungsgrundsatz 611 ff.
 - Ertragsprinzip 453 ff.
 - Kostenkalkulation 520 ff.
 - Kostenbegriff s. dort
 - Kostendeckungsprinzip s. dort
 - Periodenbezogenheit s. Kosten
 - Transparenz s. Transparenz
 - Überdeckungen 642 ff.
 - Unterdeckungen 647 f.
- Gebührenobergrenze 448, 465 ff.; 471; 494
- Gebührenrechtfertigung
 - Bedeutung für Äquivalenz 363 ff.
 - Bedeutung von Nebenzwecken 365 ff.
 - Gewinnrechtfertigung 326 ff.
 - Gruppenverantwortung 309 ff.
 - Kostendeckungszweck 296
 - Kostenprovokation 307
 - Nebenzwecke 319 ff.

- objektives Leistungsinteresse 303
- sozialstaatliche Motive 315 ff.
- Umverteilung 315 ff.
- Vorteilsabschöpfung 297 ff.
- gebührenrechtliche Verstrickung, s. V., g.
- Gebührensatzkontinuität 427
- Gebührenschraube 3
- Gebührensplitting 349 (Fn.)
- Gebührensprung 427, 589
- Gebührenstaat 5, 505
- Gebührenstaffelung, degressive 589 f.
- Gebührensteuer 353; 402
- Gebührenzweck
 - Bedeutung für die Höhe 322 ff.
 - Kostendeckungszweck 258, 296
 - Rechtfertigungsgründe 296 ff.
- Gegenleistungscharakter (Gebühr) 261
- Gelsengrün-Urteil 187 f.
- Gemeinde 10
- Gemeindebetreff 533 f., 653 f.
- Gemeindefinanzausstattung 415, 507 ff., 792
- Gemeindefinanzierungssystem 507 ff.
- Gemeindekapitalismus 3
- Gemeindevirtschaft s. Kommunalwirtschaft
- Gemeinlast 254 f.
- Gemeinschaftsrecht s. Europarecht
- Gemeinwohlprinzip 22, 41, 60 f.
 - öffentlicher Zweck 58 ff., 217 ff.
 - positives Leitprinzip 60
- Gemeinwohlverpflichtung
 - öffentliche Hand s. Gemeinwohlprinzip
 - Privater 156 ff., 160
- Gemischtwirtschaftliche Unternehmen 209 f.
 - Verfassungsbindung 676 ff.
- Genehmigung von Tarifen 664
- Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 485 ff.; 498 ff.
- Gesetzesinterpretation, authentische 507 (Fn)
- Gesetzesvorbehalt s. Vorbehalt des Gesetzes
- Gesetzgebungskompetenz
 - Vorzugslasten 269 ff.
- Gesetzgebungsvorschläge 787 ff.
- Gesetzmäßigkeit von Abgaben 283 f.
- Gestaltungsfreiheit
 - Einschätzungsprärogative s. dort
 - Mitgliedstaaten 151
 - Satzungsgeber 322 f.
- Gewährleistungsverantwortung 40 ff.
- Gewährträgerhaftung 167
- Gewaltbegriff 679 f.
- Gewerbefreiheit der öffentl. Hand 694
- Gewerberecht 664 f.
- Gewinnanteile
 - Lenkungszwecke 335
 - Praktikabilität 341 ff.
 - Rechtfertigung 326 ff.
 - Vorteilsabschöpfung 334 f.
- Gewinnaufschlag
 - einheitlicher 344
 - proportionaler 344
- Gewinnaufschlagkalkulation 602
- Gewinnbegriff 18 ff.
 - betriebswirtschaftlicher 20 f.
 - eigener 22
 - gesetzlicher 21
 - handelsrechtlicher 20
 - Kameralistik 18 f.
 - neuer 22
 - steuerrechtlicher 21
 - volkswirtschaftlicher 19
- Gewinnerzielung
 - Akzeptanz 782 ff.
 - Angemessenheit 461 ff.
 - Begriff 18 ff.
 - Bestandsschutz für Altunternehmen 417
 - Eigentumsfreiheit 378 f.
 - Ertragsprinzip s. dort
 - Gesetzesvorbehalt s. dort
 - Geschichte 27 ff.
 - Gewinnverwendung 511, 642 ff.
 - Kontrolle s. dort
 - Maximalprinzip s. dort
 - Menschenwürde 37, 67 ff.
 - Nebenzweck 366 ff.
 - objektives Leistungsinteresse 330
 - offene 24 ff.
 - öffentlicher Zweck 58 ff.
 - Pflicht zur Gewinnerzielung 453 ff., 502 f., 509
 - Preisprüfungsrecht 484 f.
 - Primärzweck 413 ff.
 - Privatautonomie 694 ff.
 - Rechtfertigung 326 ff.
 - Rechtfertigungsgründe 330 ff.; 694 ff.
 - reine 7, 15, 61, 413 f.
 - Schonung des Marktes 340
 - Selbstverwaltungsrecht 79 f.

- Umverteilung
- verdeckte 520 ff. (s.a. dort)
- Vorzugslasten 253 ff.
- Zwecke 26
- Gewinnerzielungsgebot
- Ertragsprinzip 453 ff.
- europarechtliches 170
- Kommunalrecht s. Ertragsprinzip
- Wirtschaftlichkeitsprinzip 502
- Gewinnhöhe 343 ff.
- Gewinnmaximierung 69, 474 ff.
- Unvereinbarkeitsthese 69
- Gewinnmitnahme
- grundsätzliche Zulässigkeit 71 f.
- Landesverfassungsrecht 72
- Gewinnorientierung
- absichtliche 428
- unabsichtliche 429 ff.
- Gewinnrechtsfertigung 326 ff.
- betriebswirtschaftliche Grundsätze 529 f.
- Ertragsprinzip s. dort
- Privatautonomie 694 f.
- Gewinnschranken
- Allgemeine Versorgungsbedingungen 662 ff.
- Angemessenheitsklausel s. dort
- Äquivalenzprinzip s. dort
- Energiewirtschaftsrecht 661 f.
- Erforderlichkeitsgrundsatz s. dort
- Ertragsprinzip s. dort
- Europarecht 660 f.
- Finanzverfassung s. dort
- Gewerberecht 664 f.
- Privatrechtliche Schranken 706 ff.
- Selbstverwaltungsrecht 699
- Sozialstaatsprinzip 481 f.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 700 ff.
- Wesen der Vorzugslast 386
- Wirtschaftlichkeitsprinzip s. dort
- Zweckklausel s. dort
- Gewinnverbote
- Kommunalrecht 413 ff.
- Primärzweck Gewinn 413 ff.
- Gewinnverwendung
- außerhalb der Einrichtung 337
- Bindung 497
- innerhalb der Einrichtung 340
- Non-Affektation 385
- Gewinnvortrag 642
- Gewinnziel
- Angemessener Gewinn 461 ff.
- Eigenkapitalverzinsung 483 f.
- Preisprüfungsrecht 484
- Gleichgewicht, gesamtwirtschaftliches
- Gleichheitssatz 291 ff.
- Bundesstaatsprinzip 619
- Gewinnhöhe 343 ff.
- Globalprinzip 420 ff.
- GmbH 207 f.
- Goldgräbermentalität 3
- Grundgebühr 444, 603
- Grundrechte
- Billigkeitskonkretisierung 738 f.
- Geltung im Privatrecht 681 ff.
- Einnahmenverrechnung 621 f.
- objektiv-rechtlicher Gehalt 99
- Grundrechtsberechtigung 694 ff.
- Eigengesellschaften 696 f.
- gemischtwirtschaftl. Unternehmen 696 f.
- Kommune 694 f.
- Grundrechtsbindung 674 ff., 681 ff.
- Allgemeine Handlungsfreiheit 683 ff.
- Eigengesellschaften 675
- gemischtwirtschaftliche Unternehmen 676
- Gleichheitssatz 681 f.
- Kommune 674 f.
- Grundrechtseingriff
- Eingriff 94 ff.
- faktischer 95 f.
- Monopolbildung 692 f.
- nichtmonopolisierte Leistung 693 ff.
- Vertragserfüllung 683 ff.
- Grundrechtsträgerschaft
- s. Grundrechtsberechtigung
- Grundrechtsschutz von Hoheitsträgern
- s. Grundrechtsberechtigung
- Grundrechtsverzicht 684 ff.
- Eingriffscharakter 690 f.
- Stellungnahme 686 ff.
- Theorien 684 ff.
- Grundsatz preisgünstigen Gases 661 f., 735 f.
- Grundsatz preisgünstigen Stroms 661 f., 732 ff.
- Grundsätze, abgabenrechtliche 283 ff.
- Belastungsgleichheit 291 ff.
- ungeschriebene 351 ff.
- Grundsätze, betriebswirtschaftliche 523 ff.
- Gewinnrechtsfertigung 529 f.

- Kontrolldichte 527 f.
- Kostenbegriff 522 ff.
- Grundsätze öffentlichen Finanzgebarens
 - allgemeine Geltung 752 ff.
 - Anwendbarkeit auf privat. Entgelt 751 ff.
 - Verwaltungsprivatrecht 124
- Grundstücke
 - Abschreibung 593
 - betriebsnotwendige 562 f.
 - Veräußerungsgewinne 633 f.
- Gründungsmängel s. Zweckverband
- Grundversorgung 17
- Grünflächenverwaltungs-GmbH 187
- Gruppe, homogene 311
- Gruppenfreistellungsverordnung 167
- Gruppennützigkeit 311
- Gruppenverantwortung 309 ff.
 - Gewinnanteile 336
- Gute Sitten 187 ff., 712 ff.
 - Konkretisierung durch öffentl. Recht 713 f.
 - Monopolstellung 714 f.
 - Wettbewerbsrecht s. dort
- GWB 175 ff.

- Haftungsbeschränkung
 - Ingerenzgebot 230 f.
 - Privatrecht 753
- Haftungsrisiken
 - Cross-Border-Leasing 637 (Fn)
 - Gewährträgerhaftung s. dort
- Halbteilungsgrundsatz 381
- Handlungsfreiheit, allgemeine
 - Abgabepflichtiger 383 f.
- Haushaltsgrundsätze 498 ff.
- Haushaltsgrundsatzegesetz 504
- Haushaltsrecht, kommunales 498 ff.
- Hebesatzrecht 400
- Hoheitsbetrieb 199
 - Ertragsprinzip 458 f.
- Höhe des Gewinns s. Gewinnhöhe
- Holdingmodelle 210 f.
- homogene Gruppe s. Gruppe, homogene

- Immatrikulationsgebühren 396
- Indexverfahren 585 (Fn)
- Inflationsausgleich
 - Abschreibung 581
 - Eigenkapitalzinsen 560 ff., 565
- Informationskosten 545
- Infrastrukturtheorie 41 (Fn)

- Ingerenzpflichten 230 ff.
- Inhaltskontrolle, richterliche (AGB) 720 f.
- Inhouse-Geschäfte 539 ff.
 - Preisprüfungsrecht 542 f.
- Insolvenzabwehr s. Gewährträgerhaftung
- Instrumentalthese 150 (Fn)
- Interdependenzen zwischen Abschreibung und Eigenkapitalzins 560
- Interessebekundungsverfahren 116
- Intervallsystem 648

- Kalkulation
 - Eigenbetriebsrecht 608
 - Beiträge 648 ff.
 - Einnahmen 609 ff.
 - Gebühren 520 ff.
 - gebührenfähiger Kosten 520 ff.
 - Transparenz 604 ff.
- Kalkulationsperiode 426, 587 f., 603
- Kalkulationsvorgaben s. Kalkulation
 - Beitragskalkulation s. dort
 - Gebührenkalkulation s. dort
 - Kostenüberschreitungsverbot s. dort
- Kameralistik 18, 206, 513 ff.
- Kapitalgesellschaft 208
- Kapitalmarktmodell 552
- Kapitalzuschuss 639
- Kappungsgrenze (Kostendeckung) 302
- Kartellverbot 177
- Kassenwirksamkeit 511
- Kennzahlenvergleich 447
- Kennzeichenverkauf 179, 190
- Kernaufgaben, gebührenfeindliche 271 f.
- Kernbereichsschutz
 - Daseinsvorsorge 73 ff.
 - Kommunalwirtschaft 82
- KfZ-Kennzeichenverlauf 179, 190
- KGSt 513
- Kindergartengebühren 316
- Körperschaftsteuer 391
- Kommunale Gemeinschaftsstelle 513
- Kommune 10
 - Selbstverwaltungsrecht s. dort
- Kommunalabgabenrecht 417 ff., 520 ff.
- Kommunalabgabengesetz 417 ff., 520 ff.
- Kommunalaufsicht 189, 776
 - Versagen 189
- Kommunale Selbstverwaltung s. Selbstverwaltungsgarantie
- Kommunales Wirtschaftsrecht 193 ff.
 - Abschaffung 801

- Schrankentrias 216 ff.
- Verschärfung 801 ff.
- Kommunalfinanzen 1 f.
- Kommunkanibalismus 85 (Fn)
- Kommunalunternehmen 203
- Kommunalverfassung DDR 278
- Kommunalverfassungsrecht, allg. 238 ff.
 - Einrichtungsbereitstellungspflicht 239
 - kommunales Wirtschaftsrecht s. dort
 - Lastentragungspflicht 239
 - Zuständigkeiten 250 f.
- Kommunalverschuldung s. Verschuldung
- Kommunalverwaltung, mittelbare 112
- Kommunalwirtschaft
 - außerhalb des Gemeindegebiets 82 ff.
 - außerkonstitutionelles Tätigwerden 76 ff.
- Begriff 15
- Expansion 3
- Kernbereichsschutz 82
- Kompetenzbindung 63, 77
- Örtlichkeitsbezug 84 ff.
- Selbstverwaltungsrecht 77
- Subsidiarität 63 ff.
- Wettbewerbsrecht 138 ff.
- Wirtschaftsgrundrechte Privater 91 ff.
- Kompetenz als Grundlage des Handelns 63
- Konfusionsthese 694 f.
- Konkurrenz, staatliche 54 ff., 63 ff., 81, 91 ff.
 - Wettbewerbswidrigkeit 145 ff., 164 ff., 175 ff.
- Konnexitätsprinzip 792
- Kontrahierungszwang 744 f.
- Kontrolle
 - Eigenkontrolle 772 ff.
 - Erfolgskontrolle 772 f.
 - Fremdkontrolle 776 ff.
 - Gerichte 777 ff.
 - Kommunalaufsicht 776 f.
 - Meinungsdruck 779
 - Rechnungsprüfung 775 f., 777
 - staatliche 776 ff.
 - Kontrolltiefe s. dort
 - Verwaltungs-Controlling 773 f.
 - Widerspruchsverfahren 774 f.
- Kontrolltiefe der Verwaltungsgerichte
 - Angemessenheit des Gewinns 471 f.
 - Äquivalenzprinzip 448
- betriebswirtschaftliche Grundsätze 527 f.
- Satzungsermessen 322
- Konzessionsabgabe 598 f.; 641 f.
- Konzessionsvertrag 598 f.
- Kooperation KOM/Mitgliedstaat 169
- Kooperationsmodell 208 ff.
- Koppelungsverbot 249
- Kosten
 - Abgaben 597 f.
 - Abschreibung 575 ff.
 - Begriff 522 ff.
 - Betriebsbedingtheit 530 f.
 - betriebswirtschaftliche Grundsätze 524 ff.
 - Deponiekosten, künftige 599 f.
 - der Allgemeinheit 532 ff.
 - der Einrichtung 530 ff.
 - Eigenkapitalzinsen 558 ff.
 - Einrichtungsbezogenheit 530 f.
 - Erforderlichkeit 535 ff.
 - Fremdkapitalzinsen 553 ff.
 - Fremdleistungskosten 547 ff.
 - leistungsfremde 531 ff.
 - Materialkosten 547
 - Periodenbezogenheit 603
 - Personalkosten 546 f.
 - Vorhaltekosten 602 f.
 - Wagniszuschläge 601
 - Zinsen 553 ff., 558 ff.
- Kosten-/Leistungsrechnung 504, 514
- Kostenabwälzungspflicht 323 ff.
- Kostenbegriff 522 f.
 - pagatorischer 522
 - wertmäßiger 522 f.
- Kostenbewusstsein 514
- Kostendeckungsgebot s. Kostendeckungsprinzip
- Kostendeckungsgrad 418 (Fn)
- Kostendeckungsprinzip 417 f.
 - Kostenüberschreitungsverbot s. dort
- Kostenermittlung 523 ff.
 - betriebswirtschaftliche Grundsätze 523 ff.
- Kostenorientierungsgebot
 - Analogievoraussetzungen 760 ff.
 - Anwendbarkeit auf Entgelte 758 ff.
 - Effizienz sicherungsklausel 570 ff.
 - Fallgruppen 428 f.
 - Kappungsgrenze Vorteilsausgleich 302
 - Kostenbegriff s. dort

- Verfassungsrang 352 ff.
- verfassungsrechtliches 352 ff.
- Kostenprovokation 299, 307 f.
- Kostenüberdeckungsverbot s. Kostenüberschreitungsverbot
- Kostenüberschreitungsverbot 417 ff.
 - Anwendungsbereich 418
 - Äquivalenzprinzip 438
 - Bagatellgrenze 431 ff.
 - Beurteilungszeitpunkt 422 f.
 - Eigenbetrieb 518
 - Ertragsprinzip 435 ff.
 - Gebührenbedarfsberechnung 423 f.
 - Globalprinzip 420 ff.
 - Inhalt 418 ff.
 - Kalkulationsmaxime 422
 - Mögliche Verstöße 428 ff.
 - Rechtsgrundlage 352 ff.; 418 f.
 - Sollfassung 424 ff.
 - spezialgesetzliches 419
 - Überdeckungen 645
 - Überdeckungen im öffentl. Interesse 425 ff.
 - Unbeachtlichkeit von Verstößen 430 ff.
 - Unterdeckungen 425, 647 f.
 - Veranschlagungsmaxime 422
 - Verfassungsrang 352 ff.
 - Verfassungsrecht 352 ff., 418
 - verfassungsrechtliche Pflicht 352 ff.
 - Verhältnis zum Ertragsprinzip 435 ff.
 - Verletzung 428 ff.
 - Wirksamkeit 439 f.
- Kreditlasten
 - als Erschließungsaufwand 553 ff.
 - Umlagefähigkeit 553 ff.
- Kreisrecht 89 f.

- Länderfinanzverfassungsrecht 411
- Landes-Parlamentsvorbehalt 491
- Landesverfassungsrecht 72, 90 f., 705
- Landschaftsgartenbau, kommunaler 187 f.
- Lastentragungspflicht 239
- Leasinggeschäfte s. Cross Border Leasing
- Leerkosten 545
- Leistung 444 f.
 - Wert der gebührenfähigen Leistung 446 ff.
 - Wert der beitragsfähigen Leistung 448 f.
- Leistungsangebote, kommunale
 - Pflicht 37 ff.
 - Zulässigkeit 35 ff.
- Leistungsbestimmung, einseitige 721, 723 ff.
 - Analogie 726 ff.
 - Anwendbarkeit 724 ff.
 - Billigkeitskontrolle 723 ff.
 - Faktische Leistungsbest. 726 ff.
 - Monopolist 726 ff.
 - Rechtsfolge der Unbilligkeit 729 f.
- Leistungsbestimmung durch Dritte 742
- Leistungsfähigkeit, wirtschaftliche
 - Abgabenrechtfertigung 274
 - Gewinnbemessung 347
- Leistungsfähigkeitsprinzip 347, 357
- Leistungsinteresse, objektives 303 ff.
 - ex-ante-Perspektive 306
- Leistungsnahe 445
- Leistungsproportionalität 346
- Leistungswert 446 ff.
 - Entbehrlichkeit der Wertbestimmung 449 f.
- Lenkungswirkungen
 - berufsbezogene 383
 - ökologische 369
- Lenkungszwecke 335 f.
 - Äquivalenzprüfung 365 ff.
 - vorgeschobene 336
 - Zulässigkeit 335 f.
- Letztentscheidungsrecht 70, 699
- Liberalisierung 139 f.
- Liefersperre 378 (Fn)
- LSP 543

- Manchester-Kapitalismus 68
- Mandelkern-Bericht 40 (Fn)
- Markterkundungsverfahren 223, 803
- Market-investor-test 167
- Marktpreis 300 ff., 446 ff.
- Marktversagen 41 f.
 - örtliches 42
- Marktwirtschaft
 - offene 139, 141 f.
 - soziale 54
- Materialkosten 547
- Maximalprinzip 474 ff.
- MEAG-Urteil 74 (Fn)
- Mehrheitsbeteiligungsgesellschaft 207
- Meinungsdruck 779
- Menschenwürde 68; 376 ff.
- Mindestgewinnvorgaben 483
- Minimalprinzip 500
- Mischzinssatz 573

- Missbrauch marktbeherrschender St.
 170 f.
 Missbrauchsverbot 178 f.
 Missverhältnis
 – Äquivalenzprinzip s. dort
 – Sittenwidrigkeit 712
 Mitteilungen der KOM 140 f.; 152
 Mittelstandsförderung 223
 Monopole
 – Anschluss- und Benutzungszwang
 s. dort
 – Aufbrechen 5
 – Eingriffscharakter 104 ff.
 – gute Sitten 714 ff.
 – Sittenwidrigkeit 714 ff.
 – Wettbewerbsrecht s. dort
 Monopolmissbrauch 249
 Monopolstellung s. Monopole
 Multi-Utility-Strategy 229

 Nachhilfeunterricht
 Nacherhebung s. Nachveranlagung
 Nachrangigkeit der Kreditaufnahme
 510
 Nachveranlagung 657 f.
 Nebenzweck
 – Äquivalenzprinzip 322 f.; 365 ff.
 – Gebühren 319 ff.
 – Gewinnerzielung 366 ff.
 – Zulässigkeit 319 ff.
 Netzzugang 662
 Neue Formel 292
 Neue Unübersichtlichkeit 6
 Neues Steuerungsmodell 4, 513 ff.
 Neutralität, wirtschaftspolitische 53 ff.
 New Public Management 4, 513 ff.
 Nichtgebühreneinnahmenverrechnung
 611 ff.
 Nicht-steuerliche Abgabe
 – Arten 254 ff.
 – Rechtfertigung 294
 – Nicht-wirtschaftliche Unternehmen 15
 Nominalwertabschreibung 578 f.
 Nominalwertmethode 578 ff.
 Non-Affektationsprinzip
 – Haushaltsrecht 386, 511
 – Zwecksteuer 403 (Fn)
 Notifizierung (Beihilfen) 169
 NPM 4, 513 ff.
 NPO 200 (Fn)
 Numerus clausus
 – Abgabenarten 395
 – Finanzierungsformen 272
 – Gesellschaftsformen 209
 Nutzenneutralität 420

 Objektives Leistungsinteresse 303 ff.
 Öffentlicher Personennahverkehr 157
 Öffentlicher Zweck s. Zweck, öffentlicher
 Öffentliches Finanzgebaren 124, 751 ff.
 Ökonomisches Prinzip 500
 ÖPNV-Verordnung 157
 Opportunitätskosten 563
 Organisationsform von Unternehmen
 – öffentlich-rechtliche 202 ff.
 – privatrechtliche 207 ff.
 Organisationsprivatisierung 112

 Pareto-Effizienz 41
 Parlamentsvorbehalt
 – Ertragsprinzip 490 f.
 – Landes-Parlamentsvorbehalt 491
 Pecunia nervus rerum 1
 Periodenbezogenheit 426
 Periodengerechtigkeit 426
 Personalkosten 546 f.
 Pflicht zur Daseinsvorsorge 37 ff.
 Pflichtbetriebe 199
 Planungskosten (Erforderlichkeit) 544 f.
 Popitz-Formel 197
 PPP s. Public Private Partnership
 Praktikabilität 341 f.; 349, 582
 – Verfassungsrang 341
 Preisbildung 529
 Preisdumping 180, 300, 367, 467, 716
 Preise, administrierte 40
 Preisprüfungsrecht 542 f.
 Preistreiberei 716
 Preistreppe 542
 Prinzip der Selbstfinanzierung 644
 Prinzip des freien Wettbewerbs 141 f.,
 150
 Prinzip des Steuerstaates s. S.
 Prinzip spezieller Entgeltlichkeit 384
 – Verfassungsrang 385
 Prinzipien d. Finanzverfassung s. Finanz-
 verf.
 Prinzipien öffentlichen Finanzgebarens
 s. Grundsätze öffentlichen Finanz-
 gebarens
 Privatautonomie
 – als Grundlage des privaten Sektors 63
 – Grundrechtsverzicht s. dort

- Rechtfertigung von Gewinnerzielung 694 f.
- Privatisierung 5, 109 ff.
 - Arten 111 ff.
 - Formen 111 ff.
 - Gefahren 119 ff.
 - Grenzen 114 f.
 - Gründe 110, 119 (Fn)
 - materielle 112
 - Nachteile 119 ff.
 - Pflicht 115 f.
 - Stand 117 ff.
 - Veräußerungsgewinne 627 ff.
 - Verbote 114 f.
 - Zulässigkeit 114 f.
- Privatisierung, formelle 112
 - Ingerenzpflichten 230 ff.
- Privatisierung der Gewinne 174 (Fn)
- Privatisierungsdruck 115, 147
- Privatrechtliches Entgelt s. Entgelt, privatr.
- Privatrechtsgesellschaft 207 f.
- Privatwirtschaft
 - Grundrechte 91 ff.
 - Privatautonomie 63
 - Verhältnis zur Staatswirtschaft 63 ff.
- Produktpreisbildung 529
- Prognoseentscheidungen 468
- Progression 589 f.
- Prozentmethode 564
- Prozentzuschlagsklausel 568 f.
- Prozesskostenwagnis 601
- Pseudoabschreibung 566
- Public private partnership 207, 214

- Qualität der Aufgabenerfüllung 501
 - Neues Steuerungsmodell s. dort
- Quangogs
- Quasi-Abschreibung des Abzugskapitals 564
- Quersubventionierung 156; 452, 549
 - Äquivalenzprinzip
 - Belastungsgleichheit
 - Europarecht
 - Finanzverfassung
 - Gewinnverwendung
 - Kosten
- Querverbund 156

- Randnutzung
 - Gewinnverwendung 638 f.
 - Zulässigkeit 226 ff.
- Rastede-Beschluss 73 (Fn)

- Realverzinsung 565
- Rechnungsprüfung 775 f., 777
- Rechtfertigung
 - Anschluss- und Benutzungszwang s. dort
 - Gebührenrechtfertigung s. dort
 - Gewinnrechtfertigung s. dort
- Rechtsberatungskosten 535 (Fn)
- Rechtsfähige Anstalt 203
- Rechtsformverbot für gewinnerzielende
Vorzugslasten 272 f.
- Rechtsklarheit 289
- Rechtssprechungsverlagen 448
- Rechtsschutzverweigerung 189
- Rechtsstaat 60
- Rechtswirklichkeit 520
- Reformmodelle 787 ff.
- Regelungslücke 618, 726 ff.
- Regelungsvorschläge 787 ff.
- Regiebetrieb 202 f.
- Regulatory watchdogs 40 (Fn)
- Ressourcennutzungsgebühr 260 (Fn)
- Restbuchwert, korrigierter 561
- Rosinenpickerei 106 (Fn), 123 f. (Fn)
- Rückflusskapital 624
- Rücklagen
 - Abschreibungserlöse 594 f.
 - Substanzerhaltungsrücklage 580 ff.
- Rückmeldegebühren 396
- Rückstellungen 600
- Rückwirkungsverbot 285
- Rückzug des Staates 40, 43 ff.
- Rumpfsatzung 243
- RWE 118

- Samtgemeinden 279
- Sasbach-Entscheidung 97 (Fn)
- Satzung
 - Mindestinhalt 286
 - Satzungszwang 285 f.
- Satzungsermessen 322 f.
- Satzungsgeber s. Abgabenerhebungsrechtigte
- Satzungszwang 285 f.
- Sauna, gemeindliche 416 (Fn)
- Savignysche Quart 617
- Schadensersatz 742 ff.
- Schilderverkauf s. Kennzeichenverkauf
- Schlanker Staat 4
- Schonung des Marktes 340 f.
- Schranken des Gewinns s. Gewinn-schranken

- Schrankentrias 216 ff.
 – Drittschutz 224 f.
- Schuldentilgung
 – Verhältnis zur Abschreibung 596
 – Verschuldung s. dort
- Schutz- und Begrenzungsfunktion 387 ff.
 – Bedeutung für kommunale Ebene 398 ff.
- Schutzgesetzverletzung 742 f.
- Selbstfinanzierungsprinzip 644
- Selbstkostenpreise 542 f.
- Selbstverwaltungsgarantie, gemeindliche
 – abnehmende Bedeutung 15 f.
 – als maßgeblicher Kompetenzrahmen 72 ff.
 – Aufgabenverteilungsprinzip 79
 – Daseinsvorsorge 73 ff.
 – Finanzautonomie 87 ff.
 – Gewinnerzielung 78 f.
 – Kernbereich 75 f.
 – Schutz gegen Private
 – Schutzbereich 78 ff.
 – Wandelbarkeit 73 ff.
- Selbstverwaltungsgarantie der Kreise 89 f.
- Sittenwidrigkeit
 – auffälliges Missverhältnis 712
 – Wettbewerbsrecht 187 ff.
 – Wucher 717
- Sonderabgabe 309 ff.
- Sonderabgabenrechtsprechung 309 ff.
 – Übertragbarkeit auf Gebühren 312 ff.
- Sonderlast 254 f.
- Sonderrücklage 594 f., 625
- Sozialbindung des Eigentums 104
- Soziale Marktwirtschaft s. M., soziale
- Sozialisierung
 – der Verluste 174 (Fn)
 – kalte 32 (Fn)
- Soziallehre, katholische 221
- Sozialstaat 67 ff.
- Sozialtarife 315 ff.
- Sparsamkeitsgebot 499 ff.
- Spezielle Entgeltlichkeit 384
- Spitze, freie s. Freie Spitze
- Sporteinrichtungen 519
- Staat
 – aktivierender 40 Fn.
 – kooperierender s. Public Private P.
 – überfordertes s. Rückzug des Staates
- Staatsaufgaben-Diskussion 4
- Staatsverschuldung
- Staatwirtschaft
 – öffentlicher Zweck 58 ff.
 – und Privatwirtschaft 63 ff.
 – Verbot 55 ff.
 – Vorteile 119 ff.
- Staatsziele
 – gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 485 f.
 – Sozialstaat 481
 – Umweltschutz 480
- Stellung, kommunale
 – Finanzverfassung 398 ff.
 – Gemeindefinanzierung 507 ff.
- Steuer
 – Gewinnanteil als Steuer 273 ff.
 – milderes Mittel 289
 – verdeckte 402
 – verkappte 402
- steuerähnliche Abgabe s. Abgabe, steuer-
 ähnl.
- Steuerähnlichkeit
 – gewinnerzielender Vorzugslasten 402 ff.
- Steuerfindungsrecht der Gemeinden 400 f.
- Steuergerechtigkeit 292
- Steuergesetzgebungshoheit 294, 387
- Steuerstaat 390 ff.
- Steuerstaatsdoktrin 390 ff.
 – Einnahmebeschaffungsgrundsätze 507 ff.
- Stiftung 215
- Stilllegungskosten 599 f.
- Straßenreinigung 52
- Stromversorgung 48, 134; 234 f.
- Stufenmodell der Kommission 156 ff.
- Subsidiarität
 – Europarecht 169, 173
 – Kommunalwirtschaft 63 ff.; 220 ff.
- Subsidiaritätsklausel 220 ff.
 – Drittschutz 224 ff.
 – echte 221
- Subsidiaritätsprinzip
 – europarechtliches 169, 173
 – kommunalrechtliches 220 ff.
 – verfassungsrechtliches 63 ff.
- Subventionen
 – Beihilfeverbot s. dort
 – Quersubventionierung s. dort
- Systemgerechtigkeit 293

- Tariferhöhung, einseitige 723 ff.
- Tarifgenehmigung 664
- Tatbestandsmäßigkeit 283
- Tätigkeit, wirtschaftliche 149
- Teckal-Viano-Entscheidung 183
- Teilleistungsbereiche einer Einrichtung
 - im Privatinteresse 305
 - Kostendeckungsprinzip 422
 - Sozialstaat 481
- Teilprivatisierung 210 f.
- Tendenz, berufsregelnde 97
- Thesen 817 ff.
- Tilburger Modell 513
- Trennung
 - öffentlicher und privater Sektor 63 (Fn)
 - Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 512
- Treu und Glauben 718 f.
- treuhänderisches Mandat s.
- Treuhandstellung der Kommune 614 f.
- Trinkwasserversorgung s. Wasserversorgung
- Typengerechtigkeit 348 f.
- Typisierung 348 f.; 451
 - Gefahren 348 f.
 - Praktikabilität 349
- Überdeckungen 642 ff.
- Überdimensionierung 545 f.
- Übermaßverbot s. Verhältnismäßigkeitspr.
- Überschuss
 - gebührenrechtliche Verstrickung 646
 - Überdeckungen s. dort
- Übertragbarkeit
 - ö.-r. Grundsätze auf Privatrecht 748 ff.
 - der Sonderabgabenrechtsprechung 312 ff.
- Umlaufvermögen 20 (Fn), 561
- Umsatzsteuerpflicht 121 ff.
- Umverteilung 315 ff.
- Umweltschutz 480
- Unentgeltlichkeit (Sporteinrichtungen) 519
- Unerheblichkeit s. Bagatellgrenze
- Universalität des Wirkungskreises 13
- Unlauterer Wettbewerb s. Wettbewerbsrecht
- Unmöglichkeit der Erfüllung 154, 158
 - Marktversagen s. dort
- Unterdeckungen 642, 647 f.
- Unterfinanzierung, verfassungswidrige 415
- Unterlassung gebotener Ausschreibung 537 f.
- Untermaßverbot 55
- Unternehmen
 - Begriff 165 f.; 194 ff.
 - gemischtwirtschaftliche 209 f.
 - öffentliches (im Europarecht) 165 f.
 - wirtschaftliches s. dort
- Unternehmen Stadt 3
- Unternehmerfreiheit 108 f.
- Unternehmerlohn 547, 602
- Unternehmerisiko, allgemeines 600
- Unternehmerwagnis 602
- Unterschiede
 - Staats- und Privatwirtschaft 22 f.
- Unvereinbarkeitsthese 69
- Unzumutbarkeit
 - Anschluss- und Benutzungszwang 153 ff.
 - Beeinträchtigung der Privatwirtschaft 93 ff.
 - Versorgung 737
- UWG 185 ff.
- VEBA-Gelsenberg-Entscheidung 232 (Fn)
- Veräußerung der Anlage 552 f.
- Veräußerungserlöse s.
- Veräußerungsgewinne 626 ff.
 - Grundstücke 633 f.
 - materielle Privatisierung 632 f.
 - Veräußerung an eigene Gesellschaft 627 ff.
- Verantwortung des Staates
 - Erfüllungsverantwortung s. dort
 - Gewährleistungsverantwortung s. dort
- Verbot
 - Abschreibung von Grundstücken 593
 - Ansatz unwirtschaftlicher Kosten 528 f.
 - gewinnerzielende Vorzugslast 387 ff., 410 ff.
 - prohibitiver Gebühren 360
 - reiner Gewinnerzielung 61
 - zollgleicher Abgaben 171
- Verbotsgesetz
 - Grundrechte 707 ff.
 - Verletzungsfolgen 711 ff.
 - Verwaltungsgesetze 710 f.
- Verbrauchssteuer 273 f.
- Verdeckte Gewinnerzielung 520 ff.
- Verdrängungswettbewerb 94, 715

- Verein, wirtschaftlicher 214 f.
 Verfahrensrechtsprechung 430
 Verfassungsbindung
 – Eigengesellschaften 675 f.
 – gemischtwirtschaftliche Unternehmen 676 f.
 – Kommune 77, 674 f.
 – Kommunalwirtschaft 77
 – Privatrechtliches Tätigwerden 672 ff.
 Verfassungskonforme Auslegung
 – Einnahmenverrechnungsgrundsatz 619 ff.
 – Ertragsprinzip 495 ff.
 Vergaberecht 180 ff.
 Vergleichbarkeit
 – Staats- und Privatwirtschaft 22 f.
 Verhältnis
 – Abschreibung/Eigenkapitalverzinsung 560
 – Äquivalenzprinzipien 370
 – Äquivalenz-/Ertragsprinzip 488 f.
 – Äquivalenz/Kostendeckung 438
 – Ertragsprinzip/Anschlusszwang 486 ff.
 – Ertrags-/Kostendeckungsprinzip 435 f.
 – Ertragsprinzip/Parlamentsvorbeh. 490 ff.
 – Ertrags-/Wirtschaftlichkeitsprinzip 474 ff.
 – Europarecht/nationales Recht 139
 – Finanzverfassung/Selbstverwalt. 79 ff., 398
 – Finanzverfassung/Vorzugslast 395 ff.
 – Gebührenhöhe und -zweck 322 f.
 – Gleichheitssatz/Art. 105 GG
 – Grundrechtsbindung/Gesetzesvorbehalt 100
 – Kommunal-/Privatwirtschaft 63 ff.; 81
 – Privat-/Verwaltungsrecht 665 ff., 672 ff.
 – Wahl der Abgabenart 289 f.
 – Wettbewerbsfreiheit/Daseinsvorsorge 139 ff.
 Verhältnismäßigkeitsprinzip
 – Anschluss- u. Benutzungszwang 105, 153 ff.
 – Ertragsprinzip 488 f.
 – im Europarecht 163
 – Kommunalwirtschaft
 – privatrechtliche Entgelte 700 ff.
 Verkehrsbetriebe 157
 Verkehrswertsteigerung 448, 562, 580
 Verleihungsgebühr 259 f.
 Verlustvortrag 426, 647
 Vermögensbewertung s. Eröffnungsbilanz
 Vermögenshaushalt 512
 Verquickung mit Hoheitsaufgaben 190
 Verrechnungsgrundsatz s.
 Verrechnungspflicht 611 ff.
 – Abgabenerstattungen 640
 – Abgabenrechtliche Nebenleistungen 641
 – Beteiligungsgewinne 634 ff.
 – Cross-Border-Leasing-Gewinne 636 ff.
 – Konzessionsabgaben 641 f.
 – Randnutzungsgewinne 638 f.
 – Überdeckungen 642 ff.
 – Veräußerungsgewinne 626 ff.
 – Versicherungsleistungen 640 f.
 – Zuschüsse Dritter 639 f.
 Verrentung 368 (Fn)
 Verschuldung, kommunale
 – atypischer Ausnahmefall 427
 Verschuldungstendenz 582
 Versicherungsleistungen 640 f.
 Versorgungsbedingungen s. AVB
 Versorgungssicherheit 122 (Fn), 156 ff.
 Verstoß gegen gesetzliches Verbot 706 ff.
 – Grundrechte 707 ff.
 Verstrickung
 – gebührenrechtliche 611 ff., 646
 – Überschuss 645 f.
 Vertikalvereinbarung 178
 Vertrag
 – Abgabenvertrag 665
 – anfechtbarer 717 f.
 – sittenwidriger 712, 717
 Verträglichkeit, soziale 368
 Vertragsfreiheit s. Privatautonomie
 Vertrauensschutz
 – Amortisationsschutz 243 (Fn)
 – privater Wirtschaftssubjekte 93
 Vertretbarkeitskontrolle
 – Erforderlichkeit (Art 86 II EG) 152
 – öffentlicher Zweck 219
 Verwaltungsgemeinschaft
 – Abgabenerhebungsrecht 279 f.
 Verwaltungsgesellschaftsrecht 810 (Fn)
 Verwaltungshaushalt 512
 Verwaltungshelfer 113

- Verwaltungsprivatrecht 109, 123 ff., 672 f.
 – Abfallentsorgung 134
 – Abwasserbeseitigung 135 f.
 – Begriff 124 ff.
 – Charakteristika 124 ff., 127 ff.
 – Einzelbereiche 132 ff.
 – Errichtung von Unternehmen 130 f.
 – Missachtung ö.-r. Bindungen 131 f.
 – Stromversorgung 134
 – Wasserversorgung 132
 Verwaltungsträger Kommune 674 f.
 Verweisung, dynamische 524
 Verzinsung
 – Abschreibungserlöse 595 f., 624 ff.
 – Einnahmen 626
 VOA/VOB/VOF s. Vergaberecht
 Volenti non fit iniuria 687
 Völkerrecht 138
 Volkshochschule 187
 Vollständigkeit d. Haushaltsplans 409, 510 f.
 Vollstreckung
 – Abgaben 333
 – privatrechtliche Forderung 670
 Vollziehende Gewalt 677 f.
 – Merkmale 680
 Vorausberechenbarkeit 604 ff., 799
 Vorbehalt des Gesetzes 100, 283 ff., 383 f.
 – Abgabenerhebung 283 ff.
 – Eingriffsvorbehalt 100, 130, 383 f., 458, 700
 – institutioneller 130
 – privatrechtliche Entgelte 700
 Vorhaltekosten 602 f.
 Vorrang
 – der Privatheit 64
 – Entgelterhebung 505 ff.
 – Europarecht 139
 – Privatwirtschaft 63 ff.
 – ö.-r. Unternehmensformen 229 f.
 Vorteil, wirtschaftlicher
 – Geldwert des Vorteils 299 ff.
 – Vorteilsprinzip 655 f.
 Vorteilsabschöpfung 297 ff.
 Vorteilsabschöpfungsabgabe 260
 Vorteilsabschöpfungspflicht 323 ff.
 Vorteilsbezogenheit 655 f.
 Vorteilsgerechtigkeit 655 f.
 Vorurteile
 – Etatismus 120
 – Wirtschaftsliberalismus 120
 Vorzugslast
 – Abgabenerhebung s. dort
 – Abgabenerhebungsberechtigte 275 ff.
 – Begriff 253 ff.
 – Belastungsgleichheit 291 ff.
 – Finanzverfassung 395 ff.
 – Gesetzgebungskompetenz 269 f.
 – Gesetzgebungsvorschläge 788 ff.
 – Gewinnanteile als Steuern 273 f.
 – Gewinnerzielung 253 ff.; 272 f.; 402 ff.
 – Kostendeckungszweck 296
 – Objektives Leistungsinteresse 303 f.
 – Rechtfertigung 293 ff.
 – Rechtfertigungsgründe 296 ff.
 – sachliche Rechtfertigung 293 ff.
 – Stellung im Abgabensystem 268
 – Steuerähnlichkeit 402 ff.; 412
 – Vorteilsabschöpfung 297 ff.
 – Wesen 254 f.
 – Zweck 254 f.
 Wagniszuschläge 600 f.
 Wahlfreiheit s. Formenvahlfreiheit
 Wahrheit der Haushaltsansätze 512 f.
 Wahrscheinlichkeitsmaßstab 450 ff.
 Wasser- und Bodenverband 207
 Wasserpfennigbeschluss 259, 260 (Fn)
 Wasserversorgung 45 ff., 132 f.; 233 f.
 – duales Modell 117
 – Oligopolisten 117
 Wegfall aufschiebender Wirkung 492
 Wert der Leistung 446 ff.
 Wertegarant, Staat als 703
 Werteverzehr 575, 587, 589 f.
 Wertungswiderspruch
 – Ertrag/Kostendeckung 518
 – öffentliches/privates Recht 759
 Wesen
 – der Gebühr 256 ff., 386
 – der Vorzugslast 254 f., 386
 – des Beitrags 264 ff., 386
 Wesentlichkeit der Gewinnfrage 490 ff.
 Wesentlichkeitstheorie 490 ff.
 Wettbewerb, freier 108, 141 f.
 Wettbewerbsfreiheit 108 f., 141 f.
 Wettbewerbspreis 542
 Wettbewerbsrecht, deutsches 138, 175 ff.
 – Anwendbarkeit 175 ff., 185 ff.
 – Diskriminierungsverbote 179
 – GWB 175 ff.

- In-House-Geschäfte 182 f.
- Kartellverbot 177
- Missbrauchsverbot 178
- Rechtsweg 191 f.
- Schadensersatzansprüche 180
- Sittenwidrigkeit 187 ff.
- UWG 185 ff.
- Vergaberecht 180 ff.
- Vertikalvereinbarungen 178
- wertbezogene Vorschriften 190
- Wettbewerbsrecht, europäisches 138 ff.
- Anschluss- und Benutzungszwang 158 ff.
- Ausschreibungspflicht 157 f.
- Beihilfeverbot 164 ff.
- Erfordernis wettbewerbswidr. Verh. 153 ff.
- Missbrauchsverbot 170 ff.
- Stufenmodell Kommission 156 ff.
- Verbot von Beihilfen 164 ff.
- Verbot zollgleicher Abgaben 171
- Verhältnismäßigkeitsgebot 163
- Widerspruch gegen Abgabenbescheid 492, 777 ff.
- Wiederbeschaffungszeitwert
 - Abschreibung 577 ff.
 - Definition 577 ff.
- Wiederbeschaffungszeitwertmodell 565
 - Stellungnahme 580 ff.
- Wiederkehrender Beitrag s. Beitrag, w.
- Wildwuchs von Abgabentatbeständen 388
- Willkürprüfung 292
- Wirklichkeitsmaßstab 450 f.
- Wirksamkeit
 - Äquivalenzprinzip 357 ff., 372 ff.
 - Kostenüberschreitungsverbot 439 f.
- Wirkungsvergleich Abgabe/Entgelt 669 ff.
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit s. L., w.
- Wirtschaftliches Unternehmen 193 ff.
 - Abfallentsorgung 235 f.
 - Abgrenzung zum Hoheitsbetrieb 199 f.
 - Abwasserbeseitigung 236 f.
 - Begriff 193 ff.
 - Gasversorgung 235
 - Organisationsformen 202 ff.
 - Schrankentrias 216 ff.
 - Stromversorgung 234 f.
 - Wasserversorgung 233 f.
 - Zulässigkeit 193 ff.
 - Zulässigkeit in jeweiligen Bereich 233 ff.
- Wirtschaftlichkeitsberechnungen 504; 536 f.
- Wirtschaftlichkeitsgebot s.
- Wirtschaftlichkeitsprinzip 474 ff.; 499 ff.
 - Bedeutung für Gewinnerzielung 502 ff.
 - Ertragsprinzip 474 ff.
 - Gewinnerzielungsauftrag 474 ff.; 503 ff.
 - Gewinnerzielungspflicht 474 ff.; 503 ff.
 - Gewinnmaximierung 474 ff.
 - Maximalprinzip 474 f.
 - Wirtschaftlichkeitsberechnungen 504 f.
- Wirtschaftsgrundrechte Privater 91 ff.
 - abwehrrechtliche Dimension 92 ff.
 - mittelbarer Eingriff 95 ff.
 - Monopolstellung der öffentlichen Hand 94
 - Rechtswegfrage 101
 - Schutzpflichten 98 ff.
 - Verdrängungswettbewerb 94, 715
- Wirtschaftsliberalismus 120
- Wirtschaftsordnung 53 ff., 141 ff.
- wirtschaftspolit. Neutralität
 - s. Neutralität, w.
- Wirtschaftsrecht, kommunales 193 ff.
- Wirtschaftstätigkeit, staatliche
 - außergemeindliche 82 ff.
 - Begriff 54
 - öffentlicher Zweck 58 ff.
 - rein gewinnorientierte 7, 61, 413 f.
 - Verbot 55 ff.
 - Zulässigkeit 54 ff.
- Wirtschaftsverfassung
 - Demokratie 67 ff.
 - Offenheit 53 ff.
 - Sozialstaat 67 ff.
- Wirtschaftsverfassungsrecht, kommunales s. Wirtschaftsrecht, kommunales
- Wohl der Allgemeinheit s. Gemeinwohl
- Wohnraumvermittlung 13
- Wucher 717
- Zehnprozentgrenze (Kostendeckung) 434
- Zinsabschlagsmethode 565
- Zinsbindung 624 ff.
- Zinsbringende Anlage 595
 - Abschreibungserlöse 624 f.
 - temporäre Überschüsse 642 ff.
- Zinsen
 - Eigenkapital 558 ff.
 - Fremdkapital 553 ff.

- kalkulatorische 558 ff.
- Vorausleistungen 658
- Zinserwirtschaftungspflicht 595
- Zinsgewinne
 - Abschreibungserlöse 624 ff.
 - Sonstige Überschüsse 626
- Zinssatz
 - angemessener 566 ff.
 - einheitlicher 573
- Zulässigkeit komm. Leistungsangebote 35 ff.
- Zumutbarkeit
 - Anschlusszwang 153 ff.
 - Preise 737
 - Versorgung 737
- Zuschüsse, öffentliche 590, 639, 656 f.
- Zuwendungen, öffentliche 590, 639, 656 f.
- Zwangsanleihe 556
- Zweck
 - Beitragszweck 264 ff.
 - Gebührenzweck 296 ff.
 - Gewinnerzielung als Primärzweck 413 ff.
 - Kostendeckungszweck 296
 - Nebenzweck 319 ff., 365 ff.
 - öffentlicher 58 ff.; 217 ff.
- Zweckbindung
 - Abgabenaufkommen 385 f.
 - Abgabenerstattungen 640
 - Abschreibungserlöse 593 ff.
 - an Gebührenhaushalt 609 ff.
 - Randnutzungserträge 638
 - Schrankentrias 217 ff.
 - Veräußerungserlös 626 ff.
 - Zinserträge 624 ff.

- Zweckklausel
 - und Gewinnerzielung 413 ff.
 - Schrankentrias 217 ff.
- Zwecksteuer 403 (Fn)
- Zweckverband
 - Begriff 206
 - Abgabenerhebungsrecht 276 f.
 - unwirksamer 277 f.
- Zweckverbandsrecht 516 f.
- Zweistufentheorie 191
- Zweistufigkeit der Finanzverfassung 398

Personenregister

- Erzberger, Matthias 31
- Fleiner, Fritz 673 (Fn)
- Forsthoff, Ernst 6, 12, 16
- Friauf, Karl-Heinrich 398
- Isensee, Josef 390, 690 f.
- Kirchhof, Ferdinand 397
- Kluth, Winfried 78, 185 f., 324
- Köttgen, Arnold 130
- Leisner, Walter 669
- Mayer, Otto 202
- Nipperdey, Carl 54
- Nipperdey, Thomas 29
- Ossenbühl, Fritz 673, 680
- Papst Pius XI. 221
- Popitz, Johannes 197 f.
- Schmitt, Carl 73 (Fn)
- Smith, Adam 41
- Thatcher, Margaret 110
- Wagner, Adolph 299 (Fn), 341
- Wendt, Rudolf 258
- Werner, Fritz 132

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter:* Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
- Bauer, Hartmut:* Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
- Beaucamp, Guy:* Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85.*
- Becker, Joachim:* Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68.*
- Blanke, Hermann-Josef:* Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57.*
- Böhm, Monika:* Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
- Bogdandy, Armin von:* Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48.*
- Brenner, Michael:* Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14.*
- Britz, Gabriele:* Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60.*
- Bröhmer, Jürgen:* Transparenz als Verfassungsprinzip. 2004. *Band 106.*
- Brüning, Christoph:* Einstweilige Verwaltungsführung. 2003. *Band 103.*
- Burgi, Martin:* Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
- Bultmann, Peter Friedrich:* Beihilfenrecht und Vergaberecht. 2004. *Band 109.*
- Bumke, Christian:* Relative Rechtswidrigkeit. 2004. *Band 117.*
- Butzer, Hermann:* Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72.*
- Callies, Christian:* Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71.*
- Classen, Claus Dieter:* Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100.*
- Cremer, Wolfram:* Freiheitsgrundrechte. 2003. *Band 104.*
- Danwitz, Thomas von:* Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
- Dederer, Hans-Georg:* Korporative Staatsgewalt. 2004. *Band 107.*
- Detterbeck, Steffen:* Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
- Di Fabio, Udo:* Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
- Dörr, Oliver:* Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96.*
- Durner, Wolfgang:* Konflikte räumlicher Planungen. 2005. *Band 119.*
- Enders, Christoph:* Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker:* Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Fehling, Michael:* Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79.*
- Felix, Dagmar:* Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*

- Fisahn, Andreas*: Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84*.
- Franz, Thorsten*: Gewinnerzielung durch kommunale Daseinsvorsorge. 2005. *Band 123*.
- Frenz, Walter*: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75*.
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61*.
- Grigoleit, Klaus Joachim*: Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage. 2004. *Band 108*.
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Grzeszick, Bernd*: Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92*.
- Guckelberger, Annette*: Die Verjährung im Öffentlichen Recht. 2004. *Band 111*.
- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Heitsch, Christian*: Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Hohmann, Harald*: Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89*.
- Holzngel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Hufeld, Ulrich*: Die Vertretung der Behörde. 2003. *Band 102*.
- Huster, Stefan*: Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.
- Jochum, Heike*: Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsprozeßrecht. 2004. *Band 116*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kabl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Kaufmann, Marcel*: Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91*.
- Kersten, Jens*: Das Klonen von Menschen. 2004. *Band 115*.
- Khan, Daniel-Erasmus*: Die deutschen Staatsgrenzen. 2004. *Band 114*.
- Kingreen, Thorsten*: Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsbund. 2003. *Band 97*.
- Kischel, Uwe*: Die Begründung. 2002. *Band 94*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kube, Hanno*: Finanzgewalt in der Kompetenzordnung. 2004. *Band 110*.

- Kugelman, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Mager, Ute*: Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99*.
- Mann, Thomas*: Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Möstl, Markus*: Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Müller-Franken, Sebastian*: Maßvolles Verwalten. 2004. *Band 105*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pache, Eckhard*: Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Poscher, Ralf*: Grundrechte als Abwehrrechte. 2003. *Band 98*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Remmert, Barbara*: Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozeck, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Ruffert, Matthias*: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarčević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schliesky, Utz*: Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. 2004. *Band 112*.
- Schmebl, Arndt*: Das Äquivalenzprinzip im Recht der Staatsfinanzierung. 2004. *Band 113*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.

Jus Publicum – Beiträge zum Öffentlichen Recht

- Schroeder, Werner*: Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86*.
Schulte, Martin: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
Sobota, Katharina: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
Sodan, Helge: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
Sommermann, Karl-Peter: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
Stoll, Peter-Tobias: Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft. 2003. *Band 101*.
Storr, Stefan: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
Sydow, Gernot: Verwaltungskooperation in der Europäischen Union. 2004. *Band 118*.
Trute, Hans-Heinrich: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
Uerpmann, Robert: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
Uhle, Arnd: Freiheitlicher Verfassungsstaat und kulturelle Identität. 2004. *Band 121*.
Unruh, Peter: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
Wall, Heinrich de: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
Wolff, Heinrich Amadeus: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
Volkman, Uwe: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
Voskuble, Andreas: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
Weiß, Wolfgang: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
Ziekow, Jan: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter www.mohr.de*